

UiD

21/1999



Wolfgang Schäuble:

Für berechenbare Renten für Alt und Jung – gegen Rentenbetrug und Rentenwillkür

Peter Müller und die saarländische CDU werden noch in dieser Woche in allen Kreisstädten des Saarlandes die Auseinandersetzung mit der Rentenpolitik der Bundesregierung beginnen.

Kommentare

Leicht angreifbar

Arbeitsminister Riester hat es den Kritikern mit seinem Rentenkonzept leicht gemacht: Noch nie zuvor stand das Sozialsystem vor so einem unwälzenden Eingriff; noch nie zuvor sollten entscheidende Prinzipien des Rentensystems, gewachsen im Konsens der politischen Kräfte, ausgeheilt werden.

Wer plötzlich solche tiefgreifenden Einschnitte für unbedingt erforderlich hält, der hätte zumindest die Öffentlichkeit intensiv über die neu erkannten Renten-Fakten informieren und eine möglichst breite Basis von Parteien, Gewerkschaften und Fachleuten suchen müssen. Riester und Bundeskanzler Schröder meinten, bei ihrer Renten-Wende auf beides verzichten zu können.

Das macht ihr Rentenkonzept so angreifbar: Wissenschaftler, Gewerkschaften und die Opposition finden nun genügend Schwachstellen, können Tag für Tag ihre Argumente plazieren – und treffen bei vie-

len Bürgern auf offene Ohren. Denn für die meisten ist der plötzliche Sinneswandel der SPD vollkommen unverständlich – die Verärgerung bei Arbeitnehmern und Rentnern ist groß.

Westdeutsche Allgemeine

Oppositionspflicht

Aufgabe der Opposition ist es, der Regierung auf die Finger zu klopfen. CDU/CSU wären pflichtvergessen, wenn sie jetzt nicht die allgegenwärtige Unzufriedenheit und Empörung gegen die rotgrünen Rentenpläne kanalisieren würden. Dem dient die angekündigte Briefkampagne. Die Schwachstellen in Riesters Plänen sind offenkundig, und dazu zählt an vorderster Stelle der Vertrauensbruch gegenüber den Wählern. Bundeskanzler Schröder ist für das Versprechen gewählt worden, das Prinzip der Nettolohnanpassung nicht anzutasten. Nun liegt es in der Logik, daß die bevorstehenden Landtagswahlen auch zu einer Abstimmung über seinen plötzlichen Politikwechsel geraten.

Neue Osnabrücker Zeitung

● Renten-Kampagne

Rentenbetrug und Rentenwillkür: Nur unter Druck wird die Regierung bereit sein, ihre Pläne zu ändern. Seite 3

Doppelte Staatsbürgerschaft, 630-Mark-Jobs, Scheinselbständigkeit, Rentenlüge: Herr Schreiner hat nichts verstanden. Seite 5

● Parteipräsidium

Mehr Wachstum und Beschäftigung: Für ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung. Beschluß. Seite 6 - 9

HEUTE AKTUELL

● Wählertäuschung

Wolfgang Schäuble: Rot-Grün verläßt den Rentenkonsens. Seite 10

Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Dietrich Austermann: Systematische Wählertäuschung beschädigt Reformbereitschaft. Seite 12

● Finanzen

Dietrich Austermann: Haushalt 2000 und Finanzplan – zu kurz gegriffen, Herr Eichel. Seite 16

Friedrich Merz: Wahlbetrug und falsche Eingriffe. Seite 21

● Wahlprogramm

Jörg Schönbohm: Die CDU Brandenburg vor der Landtagswahl. Seite 32

● online

InfoNet: Information für Wahlkämpfer. Seite 33

● Große Koalition

Das beste Ergebnis der CDU in Bremen. Seite 34

● Dokumentation

Rot-grüne Gesundheitsreform 2000. Grüner Teil

● UiD Extra

Die Folgen des sogenannten Zukunftsprogramms 2000.

Rentenbetrug und Rentenwillkür

Nur unter Druck wird die Regierung bereit sein, ihre Pläne zu ändern

„Noch am 17. Februar hat Bundeskanzler Schröder in aller Öffentlichkeit gesagt: *Ich stehe dafür, daß die Renten wie die Nettoeinkünfte steigen.* Dieses Versprechen hat er jetzt gebrochen,“ erklärte Generalsekretärin Angela Merkel nach der Präsidiumssitzung am 28. Juni auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble im Konrad-Adenauer-Haus.

So etwas dürfe in der deutschen Politik nicht Schule machen. Denn: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ...“

Die CDU wird dies in einem Brief an alle Rentner in Deutschland deutlich und den Betrug genau so öffentlich machen wie Schröder im Februar sein Versprechen.

Angela Merkel:

- „Wir werden die Frage der Glaubwürdigkeit an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten von SPD und Grünen stellen.
- Wir werden auf Aktionstagen in allen CDU-Landesverbänden das Thema Rente und die Willkür der Rentenpolitik der Schröder-Regierung diskutieren.
- Wir werden zusammen mit der Senioren-Union und mit der Jungen Union auftreten, mit denen, die schon heute von den

Regierungsplänen betroffen wären, und mit denen, die davon betroffen sein könnten.

- Wir werden unseren Landesverbänden Musteranzeigen zur Verfügung stellen und deutlich machen, was nach dem Willen der Bundesregierung in Sachen Rente auf sie zukommt.

- Wir werden vor allem Zielgruppengespräche führen – mit Älteren, aber auch mit Jüngeren, mit Arbeitslosen, mit Stadträten und Verantwortlichen in den kommunalen Verwaltungen. Die Kommunen würden nämlich erhebliche Belastungen verkraften müssen, wenn Riesters Rentenpläne Gesetz werden sollten.“

Wolfgang Schäuble: *„Wer die drohende Renten-Manipulation verhindern will, der muß zusammen mit uns auf die Regierung Schröder Druck ausüben. Denn nur mit Druck läßt sich erreichen, daß sie ihre Pläne ändert.“*

Der Auftakt zu dieser Kampagne der CDU wird noch in dieser Woche im Saarland stattfinden. Die saarländische CDU und ihr Landesvorsitzender Peter Müller werden in allen Kreisstädten Aktionstage veranstalten und Rentenbetrug und Rentenwillkür der Schröder-Regierung anprangern. ■

Mehrheit gegen Bonner Rentenpläne

Die Mehrheit der Deutschen ist gegen die Bonner Sparpläne im Rentenbereich. Wie eine Forsa-Umfrage für die Hamburger Zeitung „Die Woche“ ergab, finden es 58 Prozent der Befragten falsch, daß die Renten in den nächsten zwei Jahren nur um den Inflationsausgleich steigen sollen statt im gleichen Umfang wie die Nettolöhne. Jeder vierte ist dagegen, daß auch Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht mehr im selben Tempo wie die Nettolöhne steigen.

Klappkarte

Millionenfach hat die SPD im Bundestagswahlkampf eine "Garantekarte" verteilt, auf der Schröder neun Versprechen macht. "Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, daß wir halten, was wir versprechen.", heißt es dort. Wir haben die Karte aufbewahrt:

- 1 Versprochen: Mehr Arbeitsplätze.
 Aufgedeckt: Durch Rot-Grün 700.000 630-Mark-Jobs weg, Wirtschaftswachstum bei 0,7 % - Schlußlicht in der EU - so schafft man keine Arbeitsplätze.
- 2 Versprochen: Ein Sofortprogramm, das Jugendlichen Arbeit bringt.
 Aufgedeckt: Nur 3.100 echte Arbeitsplätze und 935 Ausbildungsplätze wurden geschaffen. Kosten für das Programm 2.000.000.000,- DM (2 Mrd. DM).
 ...ost wird zur Chefsache.

3 Versprochen: ... gemacht. Es wird kräftig...

4 Versprochen: ...

5 Versprochen: ...

6 Versprochen: ...

7 Versprochen: Mehr Steuerbelastet Rentner, Pendler und Familien. Nochmal rauf geht's jetzt beim Strom, und Benzin wird 24 Pfennig teurer.
 Aufgedeckt: »Öko«-Steuer belastet Rentner, Pendler und Familien. Nochmal rauf geht's jetzt beim Strom, und Benzin wird 24 Pfennig teurer.

8 Versprochen: Bezahlbare Gesundheit.
 Aufgedeckt: Zwei-Klassen-Medizin droht. Durch Globalbudget: Einstieg in die medizinische Versorgung nach Kassenlage.

9 Versprochen: Mehr soziale Gerechtigkeit.
 Aufgedeckt: Willkür-Rente, 630-Mark-Gesetz, Regelung zur »Scheinselbständigkeit«, Gesundheitsreform, »Öko«-Steuer: Das ist sozial ungerecht.

**VERSprochen -
GEBROCHEN.**



Hier das erste Verteilmittel unserer Renten-Kampagne

Weitere Materialien und Informationen im nächsten UiD – noch schneller über unser Info-Net (Seite 33)

- Doppelte Staatsbürgerschaft ● 630-Mark-Jobs
- Scheinselbständigkeit ● Rentenlüge

Herr Schreiner hat nichts verstanden

Zu Äußerungen von SPD-Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Diese Äußerungen belegen, daß die SPD inzwischen jegliche Bodenhaftung und jeden Realitätsbezug verloren hat. Wer behauptet, die Union sammle „gegen alles und nichts Unterschriften“, hat nichts verstanden.

● Es handelt sich nicht um „alles und nichts“, sondern bei der doppelten Staatsbürgerschaft, den 630-Mark-Jobs, der Scheinselbständigkeit und der Rentenlüge um Themen, die der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung zutiefst unter den Nägeln brennen, um Themen, bei denen Rot-Grün auf dem Rücken der Menschen konzeptionslos und ideologisch vorgeht.

● Herr Schreiner scheint übersehen zu haben, daß die Union fünf Millionen Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gesammelt hat. Es handelt sich dabei um die erfolgreichste Unterschriftensammlung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, und erst durch diesen Erfolg ist Rot-Grün von seinem ursprünglichen Plan einer regelmäßigen doppelten Staatsbürgerschaft abgerückt.

Herr Schreiner scheint übersehen zu haben, daß auch unsere Aktionen gegen die rot-grünen Pläne bei den 630-Mark-Jobs erfolgreich gewesen sind: Die SPD hat am 13. Juni ihr schlechtestes Europawahlresultat erhalten und auch bei den am selben Tag stattgefundenen Kommunalwahlen schwere Niederlagen einstecken müssen. Das ist die einzige Sprache, die Schröder versteht, um von seinen Vorhaben wieder abzulenken.

● Jetzt hat Herr Schreiner offensichtlich große Angst vor dem Zorn von Millionen von Rentnern, die die Worte von Bundeskanzler Schröder, daß er dafür stehe, daß die Renten so steigen wie die Nettolöhne, noch sehr gut im Ohr haben. Die CDU wird diesen Rentenbetrug und die Rentenwillkür von Schröder und Riester nicht durchgehen lassen. Wir werden ihn in unseren Briefen an die Rentner deutlich beim Namen nennen.

Wir haben mit einem klaren und berechenbaren Konzept, dem demographischen Faktor, Sicherheit für Alte und Junge hergestellt und keine Rentenwillkür geschaffen. Auch dies werden wir mit unserem Brief, mit Zeitungsanzeigen und Aktionstagen deutlich machen. Für dieses Konzept werden wir weiter werben.

SPD-regiertes Saarland lehnt Bonner Rentenpolitik ab

Das SPD-regierte Saarland lehnt die jüngsten Rentenpläne der Bonner Regierung ab und will gegebenenfalls auch im Bundesrat dagegen stimmen. Das hat Saar-Ministerpräsident Reinhard Klimmt nach einer Sitzung des SPD-Landeskabinetts in Saarbrücken angekündigt. Klimmt sagte, das Prinzip der Anpassung der Renten an die Nettolöhne dürfe auch in den Jahren 2000 und 2001 nicht verändert werden. Er werde deshalb allen Bestrebungen, die Rentenerhöhung nur noch an der Inflationsrate auszurichten, Widerstand entgegenzusetzen.

Mehr Wachstum und Beschäftigung: Für ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung

Deutschland hat sich vom allgemeinen Wachstumstrend in den Industriestaaten abgekoppelt. Innerhalb der EU zeichnen Deutschland und Italien im ersten Quartal das niedrigste Wachstum aller 15 Länder. Nachdem die Wirtschaft 1998 in Fahrt gekommen war und von Januar bis Oktober die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt um 400.000 abnahm, ist der Aufschwung nach dem Regierungswechsel abgebrochen, und die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit ist inzwischen wieder angestiegen.

Diese Entwicklung ist, wie der internationale und europäische Vergleich beweist, nicht auf konjunkturelle oder weltwirtschaftliche Einflüsse zurückzuführen, sondern hat ausschließlich hausgemachte Ursachen. Falsche Entscheidungen der Bundesregierung und dadurch verlorengegangenes Vertrauen in- und ausländischer Investoren haben in den letzten Monaten eine sechsstellige Anzahl von Dauerarbeitsplätzen und rund eine dreiviertel Million 630-Mark-Jobs gekostet. Diese „Schröder-Job-Lücke“ muß schleunigst geschlossen werden. Die CDU fordert eine Politik der ökonomischen Vernunft und der sozialen Verantwortung.

● Konsequente Ausgabenbegrenzung statt Verschiebebahnhof

Am Sparen führt kein Weg vorbei. Um so bedauerlicher ist, daß das von der rot-grünen Bundesregierung vorgelegte sogenannte „Sparprogramm“ im wesentlichen nichts anderes ist als eine große Mogelpackung und ein Verschiebebahnhof.

Die mittelfristige Finanzplanung Theo Waigels sah für das Jahr 2000 Ausgaben in Höhe von 469 Mrd. DM vor. Die Haushaltsplanung der Regierung Schröder sieht für das nächste Jahr trotz des ‚Eichel-Programms‘ Ausgaben in Höhe von 478 Mrd. DM vor, also 9 Mrd. DM über dem Ansatz der unionsgeführten Bundesregierung. Die großen Worte von Eichel und Schröder sollen also darüber hinwegtäuschen, daß lediglich die von Lafontaine vorgenommene Aufblähung des Haushalts 1999 und der mittelfristigen Finanzplanung teilweise korrigiert wird. Ein Großteil der angekündigten Sparsumme ist noch nicht einmal seriös konkretisiert, was durch die tägli-

Beschluß des Präsidiums der CDU Deutschlands

chen Korrekturmeldungen zu den Zahlenangaben der Regierung bestätigt wird.

Die CDU tritt für eine Politik konsequenter Ausgabenbegrenzung im konsumtiven Bereich und des konsequenten Abbaus von Subventionen ein. Kürzungen bei Infrastrukturmaßnahmen und Zukunftsinvestitionen sind dagegen kontraproduktiv. Eine gute Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Wo die Regierung Schröder tatsächlich zu sparen beabsichtigt, tut sie es am falschen Ende.

Deutschland braucht Konsolidierungsmaßnahmen, die eine tatsächliche Rückführung öffentlicher Ausgaben bedeuten. Das Programm der Regierung Schröder ist zum großen Teil ein Verschiebebahnhof.

Auch die CSU macht Renten und Glaubwürdigkeit zum zentralen Thema

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat angekündigt, die Rentenreform und die damit verbundene Frage der politischen Glaubwürdigkeit ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken. Stoiber erklärte am 28. Juni nach einer Sitzung des CSU-Präsidiums in München, Bundeskanzler Ger-

hard Schröder und seine Mitstreiter verstießen permanent gegen das Prinzip der Glaubwürdigkeit. Als „gravierendsten Fall“ nannte Stoiber die von der Regierung geplante Kürzung der Rentensteigerungen. Dies sei „glatter Wahlbetrug“, unterstrich der CSU-Vorsitzende. Schröder liefere andauernd „Steilvorlagen für Politikverdrossenheit“.

Ausgaben werden nicht wirklich gekappt, sondern auf Länder, Kommunen und Sozialversicherungen abgewälzt.

Auch die Erhöhung der Mineralölsteuer um 30 Pfennige ist keine Einsparung. Entscheidend ist die Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben, die nur durch Ausgabenbegrenzung, aber eben nicht durch Umfinanzierung zurückgeführt werden kann.

Im übrigen muß die Energiebesteuerung europaweit harmonisiert werden, wozu die Regierung Schröder in der deutschen Präsidentschaft keine Beiträge geleistet hat. Nationale Alleingänge bei der Energiebesteuerung führen über Wettbewerbsverzerrungen nur zum Abbau von Investitionen und Arbeitsplätzen. Familien, Pendler, Rentner und Mittelständler zahlen drauf, und positive Effekte für die Umwelt bleiben aus. So wird die Bereitschaft zur Stärkung des Umweltschutzes mißbraucht.

Nachhaltige Politik im Interesse zukünftiger Generationen muß die Staatsquote zurückführen, wie wir das von 1982 mit knapp 52% Staatsquote auf 45,7% in 1989 und nach der Wiedervereinigung in der vergangenen Legislaturperiode wieder von 1994 von über 50% auf unter 48% in 1998 geschafft haben.

● Sicherheit für Alte und Junge statt Rentenwillkür

Aufgrund gestiegener Lebenserwartungen und längerer Rentenbezugsdauer ist eine faire Verteilung der zusätzlichen Lasten auf Rentenbezieher und Beitragszahler erforderlich. Die Rente bleibt die wichtigste Säule der Altersvorsorge. Sie muß daher verlässlich bleiben. Der von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführte demographische Faktor hat diese Verlässlichkeit gewährleistet. Die Renten wären weiter, wenngleich langsamer gestiegen und im Grundsatz an die Entwicklung der Nettolöhne gekoppelt geblieben. Das Prinzip einer leistungsorientierten Rente als Altersvorsorge blieb unangetastet. Die Rentner hätten keine Sorge haben müssen, von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt zu werden, und zugleich wäre langfristig Gerechtigkeit zwischen Beitragszahlern und Rentner geschaffen worden.

Dieser Weg bleibt richtig, und der nächste Schritt muß die Reform der Hinterbliebenenversorgung sein. Die CDU wird dazu auf der Grundlage des seit Mai 1999 vorliegenden Datenmaterials im Rahmen unseres familienpolitischen Gesamtkonzepts Vorschläge erarbeiten.

Langfristige Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind die Voraussetzungen für Vertrauen, das unentbehrliche Voraussetzung für Reformbereitschaft ist. Die älteren Menschen in unserem Lande sind zur gerechten Verteilung der Lasten zwischen den Generationen bereit. Die Regierung Schröder zerstört mit willkürlicher Manipulation und Wortbruch Reformbereitschaft und Vertrauen. Rente nach Kasselage ist keine Grundlage für langfristige Berechenbarkeit.

Noch ist es nicht zu spät. Wir fordern die Bundesregierung auf, die willkürliche Rentenmanipulation aufzugeben und mit uns gemeinsam ein langfristig tragfähiges Konzept für Rentensicherheit und Generationengerechtigkeit zu erarbeiten. Die Union bleibt zur Zusammenarbeit auf der Grundlage von rentenpolitischer Vernunft und Verlässlichkeit bereit. Rentenbetrug und Rentenwillkür machen wir jedoch nicht mit.

● **Niedrigere Steuersätze für alle statt Flickwerk**

Die CDU spricht sich für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Steuerpolitik aus. Jede Steuerreform muß daran gemessen werden, ob sie die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze verbessert. Wir fordern eine umfassende und spürbare Senkung aller Steuersätze und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage im gesamten Bereich der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Wir bekräftigen die Grundidee der von uns beschlossenen Steuerreform: niedriger, einfacher, gerechter.

Der Ansatz der Petersberger Beschlüsse zur Steuerreform bleibt richtig. Eine Senkung aller Steuersätze um etwa ein Drittel bei gleichzeitigem Abbau von Ausnahmetatbeständen von der Regelbesteuerung und eine Nettoentlastung von 30 Mrd. DM – das ist eine mutige Reform mit einer spürbaren Entlastung für alle, für Arbeit-

nehmer und ihre Familien und für alle, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Mehr Steuerklarheit und mehr Steuergerechtigkeit bei insgesamt niedrigerer Steuerbelastung – so wird unser Steuersystem umfassend modernisiert, so werden Wachstum, Investitionen und Existenzgründer gefördert, so entstehen mehr Arbeitsplätze.

Die Steuerpolitik der Regierung Schröder wird diesen Zielen nicht gerecht. Soweit es überhaupt Nettoentlastung für Unternehmen gibt, kommt dies im Jahr 2001 zu spät. Seit 1999 sind bereits erhebliche Steuer-mehrbelastungen in Kraft getreten. Weitere sind für 2000 vorgesehen, diese werden teilweise nicht einmal ausgeglichen.

Die vorgesehene Entlastungswirkung ist zu gering, um einen deutlichen Wachstums- und Beschäftigungsimpuls auszulösen. Völlig offen bleibt, wie der Mittelstand steuerlich entlastet werden soll. Die angekündigte Senkung der Körperschaftssteuersätze hat eher kosmetische Bedeutung, wenn die Frage, wie die 90% einkommensteuerpflichtigen Einzelunternehmen und Personengesellschaften entsprechend entlastet werden sollen, offen bleibt und gleichzeitig Doppelbesteuerung bei der Körperschaftsteuer wieder eingeführt wird, was den Investitionsstandort Deutschland belasten und vor allem die Kleinaktionäre benachteiligen wird.

Die Differenzierung zwischen betrieblichen und privaten, also „guten“ und „schlechten“ Einkünften ist sachlich nicht begründbar und wird bei der Vielfalt von Anlegemöglichkeiten und der Mobilität der Kapitalmärkte nur neue Steuerumgehungskonstruktionen hervorrufen.

● **Verlässlichkeit des Gesundheitssystems statt bürokratischer Dirigismus**

Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung muß der Anstieg der Ausgaben

gebremst werden. Steigende Lebenserwartung, medizinisch-technischer Fortschritt und wachsendes Interesse der Menschen an Gesundheit und Gesundheitsvorsorge stellen unser Gesundheitssystem vor neue Herausforderungen. Die CDU will auch in Zukunft für alle Patienten die bestmögliche gesundheitliche Versorgung. Ohne einen sozial begrenzten und zumutbaren Eigenanteil von Versicherten und Patienten und ohne mehr Wahlfreiheit wird ein leistungsfähiges, dynamisch wachsendes Gesundheitswesen auf Dauer nicht bezahlbar sein. Die sogenannte Gesundheitsreform der Regierung Schröder produziert demgegenüber ein bürokratisches Monster, das dem steigenden Bedarf an Gesundheitsleistung so wenig gerecht wird wie dem medizinisch-technischen Fortschritt.

► Die den Krankenkassen zugewiesene Entscheidungsfülle zerstört den Wettbewerb der Anbieter, läßt die Verwaltungskosten der Kassen ansteigen und

führt zu einseitigem Dirigismus der Kassen.

- Die Einführung einer Positivliste für Medikamente wird dazu führen, daß viele Menschen sich diese Medikamente nicht mehr werden leisten können.
- Die Einführung eines Globalbudgets wird eine Zweiklassenmedizin für die Patienten zur Folge haben. Dies ist in besonderer Weise sozial ungerecht.

Die CDU tritt für eine verlässliche Gesundheitspolitik ein, die die Elemente des Wettbewerbs zwischen den Kassen, den Ärzten und anderen Anbietern im Gesundheitsbereich stärkt. Wettbewerb wird aber nur möglich sein, wenn die Eigenverantwortung der Patienten stärker eingefordert wird. Dies muß natürlich sozial ausgewogen gestaltet werden, insbesondere für chronisch Kranke. Diesen Weg wird die CDU mit ihren Vorschlägen konsequent weitergehen. ■

Investitionstätigkeit der Kommunen erheblich gefährdet

Nach Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes stehen den Städten und Gemeinden durch Einsparungen des Bundes Mehrbelastungen in Milliarden Höhe ins Haus.

Allein durch geringere Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslose, die Streichung originärer Arbeitslosenhilfe und des pauschalierten Wohngeldes sowie die Verlagerung bei Unterhaltszahlungen säumiger Väter entlastet sich der Bund in der Gesamthöhe von rund 9,5 Milliarden Mark. Dem stehen Belastungen der Städte und Gemeinden für die vorgenannten Bereiche in der Größenordnung von rund 3,5 Milliarden DM gegenüber. Zwar soll die

Steuerreform bei den Gemeinden zu Mehreinnahmen führen, die Größenordnung ist jedoch völlig ungewiß. „Eine solche Politik der ungedeckten Schecks lehnen die deutschen Städte und Gemeinden ab“, sagte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heribert Thallmaier, am 24. Juni in Berlin.

Hinzu kommt, daß die Erhöhung der Mineralölsteuer in den nächsten Jahren um 24 Pfennig den öffentlichen Personennahverkehr um 830 Millionen Mark zusätzlich belasten wird. Dies wird negative Auswirkungen auf die Preise haben und damit die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs weiter verringern.

Wolfgang Schäuble:

Rot-Grün verläßt den Rentenkonsens

Kandidat Schröder hat vor dem 27. September 1998 versprochen, die von ihm als „zutiefst unanständig“ geschmähte Rentenreform der Regierung Kohl rückgängig zu machen. Kanzler Schröder will jetzt nicht nur die Erfüllung dieses Wahlversprechens zurücknehmen, sondern beschädigt die bewährten Grundlagen unserer Rentenversicherung gleich mit.

Insbesondere die Rentner in den neuen Bundesländern sind die Leidtragenden. Die schrittweise Anpassung der Ostrenten an das Westniveau wird einfach ausgesetzt. Wer das damit zu rechtfertigen versucht, daß angeblich die durchschnittlichen Renten im Osten höher seien als im Westen, der verhöhnt die Menschen, die für ihre Rente im Osten ja nicht weniger hart gearbeitet haben als im Westen.

Nun wird auf Gutsherrenart einfach die netto-lohn-orientierte Rentenerhöhung ausgesetzt und den Rentnern gerade noch ein Inflationsausgleich gewährt. Das sind reale Nullrunden für die Rentner, denen in zwei Jahren das zugemutet werden soll, was die Reform der Vorgängerregierung sozialverträglich über zwei Jahrzehnte gestreckt hätte. Damit verläßt die Bundesregierung den ein halbes Jahrhundert bestehenden Rentenkonsens. Was Schröder und Riester vielleicht noch nicht wissen, aber jetzt und nicht zuletzt bei den im Herbst anstehenden Landtagswahlen massiv zu spüren bekommen werden: Unser Rentensystem basiert auf Vertrauen. Es setzt Stetigkeit, Berechenbarkeit und Planungssicherheit voraus. Wer mit derartigen Hau-Ruck-Aktionen diese lange und stabil gewachsene Vertrauensbasis untergräbt, legt die Axt an eine der entscheidenden Säulen, auf denen der soziale Frieden in unserem Lande ruht.

Dabei brauchen wir gerade dieses Vertrauen, denn ohne es wird jede Veränderung nur noch schwerer. Dabei ist allen klar, daß in der Rentenversicherung erheblicher Handlungsbedarf besteht. Auf lange Sicht muß ein gerechter Ausgleich geschaffen werden zwischen den berechtigten Ansprüchen der immer größer werdenden Zahl der Rentner auf der einen Seite und der arbeitenden Bevölkerung auf der anderen. Sonst droht die Überforderung der nachfolgenden Generation und damit des Systems. Das zu verhindern und das System auf Dauer leistungsfähig zu erhalten, sollte durch den im vergangenen Jahr eingeführten demographischen Faktor erreicht werden. Die Last der notwendigen Anpassungen wäre gerecht auf die Schultern von Jung und Alt, von Beitragszahlern und Rentnern aufgeteilt worden – ohne Rentenkürzungen durch eine Verlangsamung der Rentenerhöhungen.

Die ebenfalls angekündigte drastische Erhöhung der Mineralölsteuer macht die Sache für die Rentenversicherung nicht besser, zumal damit teilweise nur an anderer Stelle angekündigte Kürzungen beim Bundesbeitrag zur Rentenversicherung ausgeglichen werden, und für die Menschen in Ostdeutschland wird das ganze noch schlechter. Die Menschen in Ostdeutschland müssen im Durchschnitt sehr viel längere Strecken zur Arbeitsstätte in Kauf nehmen als in Westdeutschland und werden deshalb durch jede Mineralölsteu-erhöhung überproportional belastet. Die weitere Anpassung der Renten in Ost und West aussetzen und den Osten mit Mineralölsteuererhöhung zusätzlich belasten, drastische Kürzungen im Bundeshaushalt in fast allen Positionen des Aufbaus Ost und vor allem Abbau bei den Verkehrs-

Regierung verschiebt BAföG-Reform auf 2002

Zu den Auswirkungen des Sparpakets der rot-grünen Bundesregierung auf die angekündigte große BAföG-Reform erklärte der Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Die Bundesregierung plant, die große Reform der Ausbildungsförderung für Studierende (BAföG) zu verschieben, und zwar auf auf das Jahr 2002. Dies geht aus dem Beschluß des Bundeskabinetts zum Sparpaket Eichel für den Haushalt 2000 hervor. In ihm heißt es: „Über die Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs ab 2002 entscheidet die Bundesregierung im Jahr 2001 im Zusammenhang mit einer Reform der Ausbildungsförderung.“

Damit bricht die SPD ihr Wahlversprechen, umgehend eine große BAföG-Reform vorzulegen. Der Beschluß des Bundeskabinetts vom 23. Juni ist ein direkter Verstoß gegen die rot-grüne Koalitionsvereinbarung. In ihr versprechen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wörtlich: „Für eine grundle-

gende Reform und Verbesserung der Ausbildungsförderung werden wir ein im Bundestag und Bundesrat zustimmungsfähiges Konzept bis Ende 1999 vorlegen. Dazu werden wir u.a. alle ausbildungsbezogenen staatlichen Leistungen zusammenfassen.“

Die Wähler und vor allem die Studierenden sind von SPD und Grünen getäuscht worden. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat den Beschluß des Bundeskabinetts mitgetragen. Damit trägt auch sie die politische Verantwortung für den Abschied von diesem Wahlversprechen und der schriftlichen Zusage im Koalitionsvertrag von Rot-Grün. Leidtragende sind die Studierenden, die dringend auf eine Verbesserung und Ausweitung des BAföGs angewiesen sind. Diese Politik wird auf dem Rücken der sozial Schwächeren ausgetragen.

Der ganze Vorgang zeigt, daß das bisher von der SPD favorisierte „Sockel-Modell“ für ein neues BAföG vom Tisch ist. Damit ist die SPD in ihrer BAföG-Politik auch inhaltlich gescheitert.

vestitionen, das alles zeigt, daß die Regierung Schröder nicht nur bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt versagt, sondern in besonderer Weise den Osten vernachlässigt.

Die grundlegenden Prinzipien unseres Sozial- und Rentensystems werden bei der erstbesten Gelegenheit willkürlich über Bord geworfen. Mit den offensichtlich übereilten Beschlüssen dieser Woche wird

nicht nur ein großes Durcheinander in der Rentenversicherung angerichtet, ohne daß nach den vorliegenden Zahlen die Ziele erreicht würden, sondern auf lange Sicht die Möglichkeit jeder vernünftigen Rentenreform erschwert. Nur eins ist klar: Nach wenigen Monaten Rot-Grün wissen nahezu alle: die Wähler, die Rentner, die Beitragszahler, die Autofahrer und die Energieverbraucher, was von den Verheißungen der SPD zu halten ist: Nichts. ■

Systematische Wählertäuschung beschädigt Reformbereitschaft

Zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts zu Haushalt und Rente erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, der Vorsitzende der CSU Landesgruppe, Michael Glos, und der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dietrich Austermann:

Mit ihren Beschlüssen zum Haushalt 2000 und zum Finanzplan setzt die Regierung Schröder ihre Politik der Täuschung von Wählern und Öffentlichkeit fort. Das laut gepriesene Sparpaket reicht nicht annähernd aus, um auch nur die unverantwortlichen Ausgabesteigerungen im Haushalt 1999 rückgängig zu machen. Für die laufende Legislaturperiode 1999 - 2002 sind Gesamtausgaben von 1.943 Mrd. DM geplant gegenüber 1.819 Mrd. DM von 1995 - 1998, also eine Steigerung um 125 Mrd. DM, pro Jahr über 31 Mrd. DM.

Von den angeblich 30 Mrd. DM Sparpaket sind über zwei Drittel nicht seriös belegt. Annähernd 10 Mrd. DM in den Einzelplänen des Verkehrs-, Verteidigungs-, Wirtschafts-, Entwicklungshilfe- und Innenministeriums sind noch nicht konkretisiert. 7,2 Mrd. DM sind reiner Verschiebehof zu Lasten der Sozialversicherung. Die sogenannte Ökosteuer einschließlich der weiteren Erhöhung der Mineralölsteuer um 24 Pf ist damit als eine Aktion zur Deckung von Haushaltslöchern entlarvt. Wenn der Sozialversicherung gleichzeitig weniger Bundesbeitrag und mehr Mineralölsteuer zugeführt wird, handelt es sich im Ergebnis nur noch um einen durchlaufenden Posten. 3,8 Mrd. DM fallen auf die willkürliche Manipulation der Rentenanpassung.

Mit diesem Vorhaben bricht die Regierung Schröder nicht nur in eklatanter Weise

gegebene Wahlversprechen; noch am 17. Februar erklärte der Bundeskanzler: „*Ich stehe dafür, daß die Renten auch in Zukunft so steigen wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.*“

Mit der Politik gebrochener Versprechungen und systematischer Wählertäuschung wird die Reformbereitschaft in unserem Lande beschädigt. Wenn systematischer Betrug am Wähler als Reformpolitik ausgegeben wird – wer will da noch länger etwas von Reformen hören? Wer aber Reformverweigerung auf breiter Front provoziert, versündigt sich an der Zukunft unseres Landes.

Völlig unzureichend

Reformen muß man richtig machen. Das Entscheidende ist die Stärkung der Kräfte von Wachstum und Beschäftigung. Seit dem Amtsantritt der Regierung Schröder ist das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland dramatisch zusammengebrochen, die Investitionsbereitschaft sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt saisonbereinigt wieder an. Die Beschlüsse zur Steuerreform sind völlig unzureichend. Die Nettoentlastung ist zu gering und zu spät, um auch nur die bereits eingetretenen Steuererhöhungen auszugleichen.

Völlig offen bleibt, wie der Mittelstand steuerlich entlastet werden soll. Die angekündigte Senkung der Körperschaftssteuersätze hat eher kosmetische Bedeutung, wenn die Frage, wie die 90% einkommensteuerepflichtigen Einzelunternehmen und Personengesellschaften steuerlich entlastet werden sollen, offen bleibt und gleichzeitig die Doppelbesteuerung bei der Körperschaftssteuer wieder eingeführt wird, was den Investitionsstandort Deutschland bela-

sten und vor allem die Kleinaktionäre benachteiligen wird.

Die Union hält an der Grundstruktur unserer Petersberger Steuerreform fest. Eine deutliche Nettoentlastung in zwei Stufen von mindestens 30 Mrd. DM und eine deutliche Senkung aller Steuersätze bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist der Schlüssel für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze.

Wir stehen in der Haushaltspolitik für eine kontinuierliche Rückführung von Staatsquote, Steuer- und Abgabenquote. Mit unserer sparsamen Haushaltspolitik sind die Bundesaussgaben von 1993 bis 1998 nicht mehr angestiegen, obwohl unter Anführung der Herren Schröder, Lafontaine und Eichel im Bundesrat weitere Sparbeschlüsse blockiert wurden.

Angesichts der Veränderungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung ist eine langfristige angelegte, für alle Betroffenen kalkulierbare Strukturreform unserer Rentenversicherung unausweichlich. Der von uns in sozialverträglicher Weise in die Renten-

formel eingeführte demokratische Faktor ist der richtige Weg, um die Belastungen aus längeren Rentenlaufzeiten gleichmäßig auf Beitragszahler und Rentner zu verteilen und mehr Generationengerechtigkeit herbeizuführen. Der nächste Schritt ist die Reform der Hinterbliebenenversicherung, für die die Regierung Schröder jede Antwort schuldig bleibt.

Nicht bezahlbar

Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung muß die Wachstumsdynamik der Ausgaben gebremst werden. Ohne einen sozial begrenzten und zumutbaren Eigenanteil von Versicherten und Patienten ist ein leistungsfähiges, dynamisch wachsendes Gesundheitswesen auf Dauer nicht bezahlbar. Die sogenannte Gesundheitsreform der Regierung Schröder produziert ein bürokratisches Monster, das dem steigenden Bedarf an Gesundheitsleistungen so wenig gerecht wird wie dem medizinisch-technischen Fortschritt und das im Ergebnis zu einer Rationierung von Gesundheitsleistungen führen wird.

Wir weisen Kürzungen der ostdeutschen Kulturarbeit entschieden zurück

Nach einer Sitzung der Aussiedlerbeauftragten der CDU in Bund und Ländern erklärt Eva-Maria Kors MdB, Aussiedlerbeauftragte der CDU:

● Wo die jetzige Bundesregierung die bewährte Aussiedlerpolitik der Bundesregierung Helmut Kohl fortführt, wird sie von der Union nachdrücklich unterstützt.

● Die CDU setzt sich in Bund, Ländern und Gemeinden weiter mit Nachdruck für die Integration der Aussied-

ler, insbesondere der jungen Aussiedler ein.

● Die CDU wird sich in Bundestag und Bundesrat dafür einsetzen, daß auch im Haushalt 2000 die notwendigen Etatmittel für die Aussiedler bereitgestellt werden und übermäßige Kürzungen vermieden werden.

● Kürzungen des Kulturstaatsministers Naumann im Rahmen der ostdeutschen Kulturarbeit werden mit Entschiedenheit zurückgewiesen!

Chronologie gebrochener Versprechen

Die Regierung Schröder und die Koalitionsfraktionen haben nicht nur ihre Wahlversprechen für ein höheres Wohngeld gebrochen, sondern selbst in ihrer kurzen Regierungszeit von 9 Monaten ein erstaunliches Maß an Täuschung und Irreführung in einer zentralen Frage der Wohnungspolitik an den Tag gelegt – bis in diese Woche hinein, in der die Hürden für eine Wohngeldnovelle so hoch gelegt wurden, daß selbst an ein Inkrafttreten in 2001 niemand zu glauben wagt. Dazu eine kleine Zitatenauswahl:

Vor der Bundestagswahl:

„Die Kosten für die Wohngeldreform dürfen nicht den Kommunen aufgebürdet werden“ (Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 24.9.96).

„Die Anpassung des Tabellenwohngeldes kann nicht durch Umschichtungen zu Lasten des pauschalierten Wohngeldes finanziert werden“ (Antrag der SPD vom 5.6.97).

„Die Wohngeldreform steht auf der Agenda einer sozialdemokratisch geführten Regierung ganz oben. Wir werden sie so schnell wie möglich umsetzen“ (Gerhard Schröder in der Mieterzeitung vom August 98).

„Am liebsten zum 1. Januar 1999, spätestens zum 1. Juli 1999 wird es unter einer rot-grünen Regierung eine Wohngeldreform geben“ (Joschka Fischer in der Mieterzeitung vom Juli 98).

„Eine SPD-geführte Bundesregierung wird mit Nachdruck in kürzester Zeit eine wirkliche Wohngeldstrukturnovelle vorlegen“ (PSt Großmann im Bundestag am 7.5.98).

Nach der Bundestagswahl:

Bundesregierung

„Bis April/Mai werde das Bauministerium einen Reformentwurf vorlegen. Für 1999 sieht Großmann keine Konflikte mit dem Finanzminister“ (FAZ vom 18.1.99 über ein Gespräch mit PSt Großmann).

„Die Wohngeldnovelle wird im nächsten halben Jahr beschlossen und kann dann in der 2. Jahreshälfte in Kraft treten“ (BM Müntefering im Bundestag am 20.1.99).

„Wir werden in den nächsten Monaten die Novelle des Wohngeldgesetzes einbringen und dafür sorgen, daß im Jahr 2000 das

Von Dietmar Kansy, wohnungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wohngeld novelliert sein wird und insbesondere Familien zugute kommen wird“ (BM Müntefering im Bundestag am 25.2.99).

„Voraussichtlich im Mai/Juni werde die Wohngeldnovelle in das Parlament eingebracht“ (PSt Großmann lt. Wohnungswirtschaftliche Informationen vom 18.3.99).

„Bundesbauminister Franz Müntefering hat am Freitag eine „deutliche“ Erhöhung des Wohngeldes angekündigt sagte der SPD-Politiker, sein Ressort bereite z.Zt. eine entsprechende Novelle vor, die im Rahmen der Haushaltsberatungen am 30. Juni im Kabinett behandelt werden soll. Die Erhöhung sollte im Laufe des Jahres 2000 in Kraft treten“ (Die Welt vom 5.6.99).

Wahlbetrug auf der ganzen Linie

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zu den sportpolitischen Kahlschlägen durch Rot-Grün:

Die Koalitionsvereinbarungen zwischen Rot-Grün sind fürwahr keine Bibel; dies ist eine der wenigen Wahrheiten, die der Bundeskanzler Schröder bisher von sich gegeben hat. Sie sind vielmehr eine wahre Fundgrube für Unredlichkeiten und Wählertäuschung.

Die Bundesregierung hat dem Sport versprochen, die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern. Bisher hat sie den Sport und die dort Tätigen nur geschröpft:

Erhöhung der Energiesteuern, Neuregelung zu 630-DM-Jobs und zur Scheinselbstständigkeit haben unsere Sportvereine finanziell außerordentlich stark belastet. Sie hat dem Sport

versprochen, die präventive gesundheitliche Vorsorge in Sportvereinen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen. Die Vorlage des Gesetzentwurfs zur Gesundheitsstrukturreform macht deutlich, daß davon keine Rede sein kann. Sie hat versprochen, die Sportwissenschaften zu stärken und zu fördern. In Wirklichkeit drohen den sportwissenschaftlichen Instituten drastische Kürzungen hin bis zur Schließung.

Und nun kommt Otto Schily mit Pauschalkürzungen in Höhe von 41,4 Mio DM bis zum Jahre 2003. Schily muß dem Sport unverzüglich sagen, wo er die Kürzungen vornehmen will. Dies verlangt der Anstand. Mit großen Sprüchen ohne Taten wie im Doping wird es für Otto Schily nicht mehr abgehen.

Koalitionsfraktionen

„Wir wollen in den nächsten Monaten einen Gesetzentwurf vorlegen, so daß die Wohngeldreform möglichst noch dieses Jahr in Kraft treten kann. Und wir sind zuversichtlich. Deshalb wollen wir zwar die Ausgabendynamik beim Wohngeld bremsen, aber den finanziell überbelasteten Kommunen nicht einfach die Kosten der steigenden Armut überbürden“ (Die wohnungspolitische Sprecherin der Grünen, Abg. Eichstädt-Bohlig in einer Presseerklärung vom 28.1.99).

„Die Finanzierung der Wohngeldnovelle durch eine Verschiebung von pauschalisiertem Wohngeld zum Tabellenwohngeld lehnt die Arbeitsgruppe ab“ (Die wohnungspolitische Sprecherin der SPD, Abg. Mertens in einer Presseerklärung vom 4.2.99).

„...halten die Koalitionsfraktionen eine Wohngeldnovelle für unverzichtbar. Diese muß umgehend vorbereitet werden und sollte nach Möglichkeit noch im laufenden Haushaltsjahr wirksam werden“ (Presseerklärung der SPD-Fraktion vom 23.2.99).

„Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert die Bundesregierung auf, bis zur Sommerpause einen Gesetzentwurf für eine schrittweise Wohngeldreform ab Oktober 99, spätestens ab dem 1.1.2000 in den Bundestag einzubringen“ (Beschuß der Grünen-Bundesdelegiertenkonferenz vom 6.3.99).

„Wir werden noch in diesem Jahr eine gesamtdeutsche Wohngeldreform auf den Weg bringen. Die Finanzierung ist mit einem Volumen von rd. 1,5 Mrd DM gesichert“ (SPD-Abg. D. Schütz in einer Presseerklärung vom 6.5.99). (Siehe auch Seite 20)

Haushalt 2000 und Finanzplan – zu kurz gegriffen, Herr Eichel!

Zu dem von Bundesfinanzminister Eichel vorgestellten Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 (einschl. Finanzplan bis 2003) erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Erschreckend an der rot-grünen Finanzpolitik ist einerseits die Bedenkenlosigkeit, mit der Wahlversprechen gebrochen werden; noch bedrückender ist andererseits die Phantasielosigkeit der Bundesregierung, die jede Maßnahme vermeidet, die zu mehr Investitionen, mehr wirtschaftlicher Dynamik und mehr Beschäftigung führen könnte.

Bundesfinanzminister Eichel plant für das Jahr 2000 Gesamtausgaben von 478,2 Mrd DM und für die Jahre der laufenden Legislaturperiode (1999 bis 2002) Gesamtausgaben von 1.944 Mrd DM. Gegenüber den letzten vier Haushaltsjahren der Regierung Kohl (1995 bis 1998), in denen sich die Gesamtausgaben auf 1.819 Mrd DM beliefen, steigen die Gesamtausgaben um 125 Mrd DM, d.h. die Mehrausgaben pro Jahr betragen über 31 Mrd DM. Demgegenüber errechnen sich für die Periode 95/98 (Gesamtausgaben von 1.819 Mrd DM) Mehrausgaben von zusammen 61 Mrd DM gegenüber den Gesamtausgaben der Periode 91/94 (1.758 Mrd DM), d.h. pro Jahr lediglich rd. 15 Mrd DM.

Wenn Herr Eichel trotz doppelt so hoher jährlicher Mehrausgaben (über 31 Mrd DM gegenüber rd. 15 Mrd DM) davon spricht, die Regierung habe ihr Konsolidierungsziel erreicht, dann ist dies ein deutlicher Beleg für den frühen Realitätsverlust und die abenteuerliche Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Bundesregierung. Wer im mittelfristigen Vergleich pro Jahr doppelt

so viel Geld mehr ausgibt wie die Vorgänger-Regierung, sollte weder von Sparhaushalt noch von Sanierung des Bundeshaushalts reden. Die einzige Form von Sparsamkeit, die dieser Haushalt offenbart, ist die Sparsamkeit an zielführenden Ideen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung und deren kraftvoller Umsetzung!

Es überrascht nicht, daß die Summe der im Haushaltsentwurf 2000 enthaltenen globalen Minderausgaben in etwa dem Betrag entspricht, um den die Nettokreditaufnahme sinken soll; das ist Haushaltspolitik nach dem Prinzip Hoffnung! Tatsache ist außerdem, daß die Gesamtausgaben

Impulse für Wachstum und Beschäftigung sucht man vergeblich.

2000 gegenüber 1998 um gut 21 Mrd DM ansteigen und gegenüber 1999 lediglich um knapp 8 Mrd DM sinken. Gegenüber welchem Jahr bzw. welcher Planzahl sich hier ein Einsparergebnis von 30 Mrd DM errechnen soll, bleibt das Geheimnis des Finanzministers. Das sog. Sparprogramm ist tatsächlich ein Programm zu Lasten der Zukunft Deutschlands.

Die Senkung der Nettokreditaufnahme, die sich Herr Eichel so sehr zugute hält, ist kaum mehr als ein zwangsläufiger haushaltstechnischer Effekt: Die im Jahr 1999 erstmals vollständig eingestellten Mehrausgaben für die gesetzliche Rentenversicherung sind durch Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer, Ökosteuern) zu 100% gegenfinanziert, so daß sich aus den jetzt beschlossenen Sparmaßnahmen im Bereich

Rente eine faktische Überkompensation ergibt. Die Verminderung der Nettokreditaufnahme spiegelt lediglich wieder, daß sich unter sozialdemokratischer Regentschaft Rentendiebstahl jedenfalls für den Finanzminister lohnt.

Monatsrente gestohlen

Der Arbeitsminister will die Renten im Jahr 2000 nur um 0,7 vH, im Jahr 2001 nur um 1,6 vH erhöhen, also um jeweils rd. 2 vH unter dem jeweiligen Anstieg der Nettolöhne. Er erwartet sich davon Haushaltsentlastungen im Finanzplanungszeitraum bis 2003 in Höhe von insgesamt 25,8 Mrd DM. Da der Bundesanteil an den Rentenzahlungen lediglich bei etwa 20 vH liegt, bedeutet dies insgesamt Rentenkürzungen in einem Volumen von ca. 120 Mrd DM. Faustregel: Den Rentnern wird rd. eine Monatsrente gestohlen! Die Rentner haben mit ihren erheblichen Beitragszahlungen (einschl. der Beiträge, die die Arbeitgeber entrichten) den Anspruch auf eine lebensstandardsichernde Rente erworben, die laufend an die Entwicklung der Nettolöhne anzupassen ist. Wenn der Anpassungsmodus nunmehr in wenigen Jahren so verändert wird, daß sich gegenüber dem an sich zustehenden Betrag eine Kürzung um fast eine Monatsrente ergibt, dann ist das keine soziale, sondern asoziale Politik. Die „Rente nach Kassenlage“ wird Realität. Rot-Grün haben vor der Wahl den von der Kohl-Regierung beschlossenen „demographischen Faktor“ in der Rentenversicherung als „soziale Kälte“ gegeißelt und unmittelbar nach der Bundestagswahl ausgesetzt; die von Rot-Grün jetzt beschlossene Regelung belastet die Rentner wesentlich schneller und stärker.

Insbesondere im Bereich der Leistungen für Arbeitslose erweist sich, daß Rot-Grün in den letzten Jahren der Kohl-Regierung bewußt eine bösartige Blockade-Politik betrieben hat. Als Kohl und Blüm die

Arbeitslosenhilfe einschränken wollten, war das rot-grüne Gezeter groß. Jetzt soll die originäre Arbeitslosenhilfe vollständig abgeschafft werden. Gespart wird durch diese Maßnahme wenig – den größeren Teil des beim Bund eingesparten Geldes werden Länder und Gemeinden über die Sozialhilfe zusätzlich ausgeben müssen, ein reiner Verschiebeparkplatz.

Die Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge, die Bund und Bundesanstalt für Arbeit für die Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe entrichten, führt zu weiteren Einnahmeausfällen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung und verstärkt das Problem der Altersarmut in den kommenden Jahren. Langzeitarbeitslose erhalten deutlich weniger Rente. Auch hier ist mit künftigen Zusatzbelastungen bei der Sozialhilfe, d.h. bei Ländern und Gemeinden zu rechnen.

Lachnummer

Die versprochene Beitragssatz-Stabilität wird, jedenfalls für den Arbeitnehmer, zur Lachnummer: Bei der Rente muß der Arbeitnehmer entweder mit deutlich verminderten Leistungen rechnen oder mit zusätzlich 2,5 Prozent von seinem Bruttoeinkommen für eine Zusatzrente zwangssparen.

Die vorgesehene Kürzung der Struktur Anpassungsmaßnahmen Ost belastet den immer noch labilen Arbeitsmarkt in Ostdeutschland. Die Kürzungen für die neuen Länder belaufen sich insgesamt auf 3 Mrd DM jährlich („Chefsache“).

Bei den Verkehrsinvestitionen und im Sozialen Wohnungsbau sollen rd. 0,7 Mrd DM eingespart werden. Damit beschädigt diese Bundesregierung die Infrastruktur, versetzt dem Arbeitsmarkt in Gesamtdeutschland einen weiteren Schlag und setzt sich wieder einmal in Widerspruch zu ihren Wahlversprechen. Mit brachialer

Gewalt wird das Wohngeld des Bundes um über 2 Mrd DM gekürzt und auf Länder und Gemeinden verschoben – ein Wahlbetrug sondergleichen.

Die Erhöhung des Kinderbetreuungsfreibetrages wirkt sich auf die Steuereinnahmen erst im Jahr 2001 aus, weil dieser Freibetrag erst im Zusammenhang mit der Einkommensteuererklärung im Folgejahr (2001) geltend gemacht werden kann.

Die Erhöhung des Kindergeldes für Normalverdiener um 20 DM bleibt weit hinter der Entlastung zurück, die Höherverdienende aus der vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen Erhöhung der Freibeträge ziehen werden. Keine Rede mehr davon, daß der SPD jedes Kind gleich viel Wert ist. Auch die vorgesehene Umstellung des Darlehensteils bei der Ausbildungsförderung (BAföG) auf ein reines Bankdarlehen widerspricht den Zusagen, die Rot-Grün vor der Wahl gemacht haben.

Kosten verschoben

Mit Blick auf den Unterhaltsvorschuß werden nicht etwa Regelungen beschlossen, die säumige Väter mit Nachdruck veranlassen, ihren Unterhaltungspflichten nachzukommen; vielmehr sollen die Kosten der Vorschußregelung zur Entlastung des Bundeshaushalts zur Hälfte auf Länder und Gemeinden verschoben werden.

Die Bedingungen für die Beschäftigungsstellen von Zivildienstleistenden werden so verschlechtert, daß mit einer erheblichen Abnahme der Zahl der Zivildienstleistenden in den kommenden Jahren zu rechnen ist. Das wird die Beschäftigungsstellen

zwingen, entweder ihr Leistungsangebot einzuschränken oder für ihre Leistungen höhere Entgelte zu berechnen, weil ihre Personalkosten massiv ansteigen werden. Auch Wehrpflichtige werden dadurch relativ schlechter gestellt.

Die im Bereich der Landwirtschaft vorgesehenen Kürzungen von fast 900 Mio DM jährlich werden sowohl die Einkommen der aktiven Landwirte als auch die Bezüge der Altenteiler spürbar mindern. Die im Versorgungs- und Beamtenbereich vorgesehenen Kürzungen um rd. 2 Mrd DM sind reine Luftnummern, weil im bisher geltenden Finanzplan keine oder nur geringe Mittel vorgesehen waren.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Der Entwurf für das Jahr 2000 ist kein Sparhaushalt. In jedem einzelnen Jahr der Finanzplanung geben Rot-Grün über 30 Mrd DM mehr aus als die Vorgänger-Regierung. Trotzdem sinken mittelfristig die Investitionen des Bundes. 2003 beträgt die Investitionsquote nur noch 10,6 vH; 1998 lag sie noch bei 12,5 vH. Weder der Haushalt 2000 noch die Finanzplanung bis 2003 enthalten Impulse für Wachstum oder Beschäftigung. Das ist umso schlimmer, als auch die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung zur Verunsicherung der Wirtschaft geführt hat und die gegenwärtige Diskussion auch nicht erwarten läßt, daß sich dies in absehbarer Zeit bessert. Es wird Aufgabe der Union sein, sowohl bei der gesetzgeberischen Umsetzung des Sparpakets als auch der Steuergesetzgebung im Bundesrat dafür zu sorgen, daß die wirtschafts- und beschäftigungsfeindlichen Effekte der Regierungspolitik wirksam begrenzt werden.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Sonderopfer Ost bei den Renten

Die SPD kassiert die Rentner in Ostdeutschland in besonders infamer Weise ab: Auch für sie soll die Rentenerhöhung in den Jahren 2000 und 2001 nur 0,7% bzw. 1,6% betragen. Das hört sich nach sozialer Gerechtigkeit und wirklicher Gleichheit an: Alle Rentner werden gleich behandelt.

Tatsächlich handelt es sich um eine besonders perfide Art der Ungleichbehandlung: Denn tatsächlich erhält ein Ostrentner wesentlich weniger Rente. Die Standard – Ostrente beträgt nur 86,7% der Westrente. Dieser Wert wird nun festgeschrieben. Jede „Erhöhung“ geht nun für Jahre nur von dieser niedrigen Basis aus. Die Schere zwischen Ost und West geht also weiter auf.

Der Auftrag des Einigungsvertrages, eine Angleichung vorzunehmen, wird klar und bewußt gebrochen. Demgegenüber würden nach der Reform der alten Bundesregierung die Renten um 3 bis 4% steigen. Das Wort „Rentenbetrüger“ ist eine milde Bezeichnung für die SPD, die im Wahlkampf von der Aufhebung der unsozialen Rentenkürzungen der Unionsregierung getönt hat. Wer unsozial ist, ist nun klar: Die Schröder-SPD.

Michael Luther stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die soziale Gerechtigkeit von Bundeskanzler Schröder entpuppt sich damit als ein Sonderopfer Ost. Das ist unannehmbar. Dieser Schlag in das Gesicht der ostdeutschen Rentner darf nicht Realität werden.

Generalsekretärin Angela Merkel:

So zerstört man das Vertrauen in Deutschland

Wie Kanzler Schröder die deutsche EU-Ratspräsidentschaft begonnen hat, so beendet er sie: rüde und selbstherrlich. So drückt er den EU-Mitgliedsstaaten seinen Kandidaten auf, obwohl klar ist, daß Hombach für die Aufgaben auf dem Balkan der falsche Mann ist.

Erwiesenermaßen ist Noch-Kanzleramtsminister Hombach in nur acht Monaten an den Koordinierungsaufgaben innerhalb der rot-grünen Regierung gescheitert. Quasi als Dank wird er nun mit der Aufgabe des Sonderkoordinators auf dem Balkan betraut.

Diese setzt aber gerade eine Begabung zur geschickten Koordination und psychologisches Einfühlungsvermögen voraus.

Arrogant und selbstherrlich

Doch das interessiert Schröder nicht. Für ihn gilt: Hauptsache Hombach, sein „bester Mann“, ist möglichst weit weg. Bedenken der europäischen Partner wischt Schröder auf arrogante Art beiseite, obwohl er als EU-Ratspräsident integrierend wirken müßte, und versucht seine innenpolitischen Probleme auf dem Rücken Europas zu lösen.

Regierung verstrickt sich immer tiefer in ihre Wohngeldlüge

Zu den Auskünften des Parlamentarischen Staatssekretärs Großmann vom Bundesbauministerium in der Sitzung des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau und Wohnungswesen am 23. Juni über eine Wohngeldnovellierung erklärte der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dietmar Kansy:

Die Bundesregierung hat im Ausschuß die Katze aus dem Sack gelassen: Eine Wohngeldnovelle soll es, wenn überhaupt, frühestens zum 1.1.2001 geben können. Versprochen von Rot-Grün war vor der Bundestagswahl ein unverzügliches Handeln, d.h. spätestens zum 1. Juli d.J. sollten die Wohngeldempfänger in den Genuß eines höheren Wohngeldes kommen. Der neue Verkehrs- und Bauminister trat dann mit dem Versprechen an, auf jeden Fall „noch in 1999“ werde die Novelle in Kraft treten können, seit dem Frühjahr wurde daraus ein „spätestens Anfang 2000“.

Auf unser Befragen erklärte PSt Großmann ferner im Ausschuß, die Wohngeldnovelle werde mit einem Finanzvolumen von 700

MioDM (Anteil Bund) ausgestattet, gegenfinanziert durch eine Absenkung der Einkommensgrenzen und teilweise aus dem Wegfall der Vorkostenpauschale bei der Eigenheimförderung. Bereits seit Anfang des Jahres kommt der Häuslebauer nicht mehr in den Genuß dieser Vorkostenpauschale, durch das neue Haushaltsstrukturgesetz soll für Häuslebauer über einer bestimmten, gegenüber geltendem Recht niedrigeren Einkommensgrenze der Anspruch auf die Eigenheimzulage weggenommen werden – völlig unabhängig von einem parallel zu erhöhenden Wohngeld.

Deshalb stellt die Verwendung des Wortes „Gegenfinanzierung“ im Zusammenhang mit der Wohngeldnovelle nur ein weiteres Täuschungsmanöver dar. Wenn dann das Handeln im Wohngeldbereich noch zusätzlich abhängig gemacht wird von einer teilweisen Verschiebung der Kostenlast in Richtung Kommunen – lt. Zukunftsprogramm der Bundesregierung immerhin 2,3 Mrd DM – dann kann sich der Bürger selber ausrechnen, wieviele Fragezeichen hinter dem neuesten Versprechen von Rot-Grün stehen. ■

Rot-grüner Anschlag auf den Transrapid

Rot-Grün in Bonn setzt zum Anschlag gegen den Transrapid an. Die Bundesregierung riskiert sein „Aus“. Damit würde der Norden, würde vor allem Schleswig-Holstein vom neuen Kraft-, Politik- und Wachstumszentrum Berlin abgeknipst. Empörend ist, daß Heide Simonis und Rot-Grün in Kiel dem Anschlag gegen die Interessen Schleswig-Holsteins schon zugestimmt ha-

ben. Das ist Verrat an der Zukunft des Landes. Der Transrapid gehört immer noch zu den Zukunftschancen deutscher Technologie auf dem Weltmarkt.

Volker Rühle stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich fordere Bundes- und Landesregierung auf, auch für den Fortschritt im Norden dieses Zukunftsprojekt kraftvoll zu unterstützen und zu realisieren.

Wahlbetrug und falsche Eingriffe

Ich habe in den letzten Tagen versucht herauszufinden, woran Sie sich denn eigentlich mit 30 Milliarden DM Einsparungen orientieren, was die Bezugsgröße für 30 Milliarden DM Einsparungen eigentlich ist. Ich habe es nicht gefunden, Herr Eichel.

Wenn Sie den Bundeshaushalt 1999 mit dem Bundeshaushalt des Jahres 2000 vergleichen, dann liegen die Ausgaben des Bundeshaushaltes des Jahres 2000 nicht um 30 Milliarden DM, sondern genau um 7 Milliarden DM unter den Ausgaben des Jahres 1999. Sie haben vor einigen Tagen bei einer Pressekonferenz in Wiesbaden oder in Frankfurt wörtlich gesagt: „Ich habe keine Lust, mich für die Sanierung eines Haushaltes zu entschuldigen, den andere vor die Wand gefahren haben.“ Da haben Sie recht, Herr Eichel, aber Sie können nur Ihren unmittelbaren Vorgänger gemeint haben, Oskar Lafontaine. Der hat nämlich dafür gesorgt, daß der Bundeshaushalt des Jahres 1999 gegenüber dem Etatentwurf von Theo Waigel um 30 Milliarden DM aufgebläht worden ist, und deshalb hat auch der Präsident des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel völlig recht, wenn er wörtlich sagt: „Die 30 Milliarden DM, die für den Haushalt 2000 gestrichen werden, entsprechen genau der Steigerung der Bundesausgaben im Haushalt 1999 um 6,3 Prozent.“ Es müssen jetzt die 30 Milliarden DM weggeeeichtelt werden, die im Haushalt 1999 lafontainisiert worden sind.

Parteipolitische Rache für Wahlverhalten

Ich bestreite nicht, daß im Bereich der Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme gespart werden muß. Davon können auch die sozialen Sicherungssysteme der Landwirte nicht verschont bleiben. Aber es riecht schon ordentlich nach später partei-

politisch motivierter Rache an einer Bevölkerungsguppe, die Sie richtigerweise überhaupt nicht gewählt hat, wenn Sie jetzt gerade in der Sozialversicherung der Landwirte 700 Millionen DM einsparen wollen und die Gasölbetriebsbeihilfe vollständig streichen wollen. Das ist Rache für Wahlverhalten. Wenn Sie die Gasölbetriebsbeihilfe streichen wollen – dafür gibt es Argumente –, dann hätten Sie sich dafür auf europäischer Ebene einsetzen müssen, um eine Wettbewerbsgleichheit der deutschen Landwirte gegenüber ihren Konkurrenten in der Europäischen Union herzu-

Von Friedrich Merz

stellen. Denn überall in unseren Nachbarländern gibt es eine Mineralölverbilligung für die Landwirte. Die Wettbewerbsposition der deutschen Landwirtschaft wird mit der geplanten Maßnahme weiter nachhaltig geschwächt.

Eines der großen Reformprojekte dieser Bundesregierung ist die sogenannte ökologisch-soziale Steuerreform. Sie planen jetzt, in weiteren vier Schritten die Mineralölsteuer jeweils um 6 Pfennige anzuhoben und dies zugunsten der Absenkung der Lohnnebenkosten zu verwenden. Wir haben von dieser Stelle aus mehrfach darauf hingewiesen, daß es eine Reihe von großen Bevölkerungsgruppen gibt, die von der Absenkung der Lohnnebenkosten nichts haben, weil sie keine Lohnnebenkosten zahlen. Unter anderem haben wir Ihnen gesagt, daß die Rentner in der Bundesrepublik Deutschland nichts davon haben, wenn die Lohnnebenkosten abgesenkt werden, sie aber die erhöhte Mineralölsteuer trifft. Sie, Herr Bundeskanzler, haben am 17. Februar bei einer großen Kundgebung Ihrer Partei in Bayern wörtlich gesagt: „*Ich, Gerhard Schröder, stehe*

dafür, daß die Renten auch weiterhin entsprechend der Entwicklung der Nettolöhne erhöht werden.“ Das ist gerade einmal vier Monate her. Kann man sich eigentlich auf das Wort des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr verlassen?

Schwere Rechenfehler

Den beiden Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Herr Schlauch und Herr Struck, ist ein schwerwiegender Fehler unterlaufen. Sie haben sich nämlich bei der Berechnung der Entlastung, die durch die Ökosteuern bei den Lohnnebenkosten vorgenommen werden kann, gerade einmal um den Faktor drei verrechnet. Beide Fraktionsvorsitzenden haben die Absenkung der Lohnzusatzkosten nicht auf Jahresbasis dargestellt, sondern diese noch einmal addiert und kamen dann bei den Lohnzusatzkosten auf eine Entlastung von 3,1 Prozent. In Wahrheit ist es nur 1 Prozent. Nach der 5. Stufe der Ökosteuerelemente beträgt die Absenkung der Lohnnebenkosten gerade einmal 1,8 Prozent. Damit werden Sie Ihr Ziel, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu senken, verfehlen.

Sie haben ein weiteres Versprechen nicht gehalten. Diese Bundesregierung hat im Zuge des sogenannten Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 versprochen, daß die Unternehmenssteuerreform zum 1. Januar 2000 kommt. Dieses Versprechen halten Sie nicht ein. Es kommt jetzt eine Unternehmenssteuerreform zum 1. Januar 2001. Eine grundlegende Unternehmenssteuerreform hätten wir in der Bundesrepublik Deutschland bereits vor über zwei Jahren gemeinsam beschließen können. Sie haben sie damals im Bundesrat abgelehnt. Und in den zwei Jahren seit Ende Juni 1997 bis heute, Mitte Juni 1999, haben Sie Kommissionen eingesetzt, neue Pläne gemacht. Und alles, was dabei herausgekommen ist, sind drei oder vier Sät-

ze. Sie lauten: 2001 wird es eine große Unternehmenssteuerreform geben. Dazu gehört auch eine Nettoentlastung der Unternehmen in der Größenordnung von 8 Milliarden DM. Der Steuersatz für Unternehmen soll bei der Körperschaftsteuer und bei der Einkommensteuer auf 25 Prozent gesenkt werden – zuzüglich Gewerbesteuer.

Das Vertrauen in Wirtschaftspolitik zerstört

Wenn Sie damals, als Sie unsere Unternehmenssteuerreform, unsere große Steuerreform, abgelehnt haben, wirklich Alternativen gehabt hätten, dann hätten Sie in der Zwischenzeit längst ein Gesetzgebungsverfahren einleiten müssen, hätten längst eine Unternehmenssteuerreform auf den Weg bringen müssen, die diesen Namen wirklich verdient. Statt dessen brechen über den Jahreswechsel 1998/99 die Wachstumserwartungen zusammen, die erwarteten Zuwachsraten im Bruttoinlandsprodukt bleiben weit hinter den zurück, was andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreichen können, und das Vertrauen in die Stetigkeit und Langfristigkeit von Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist im Kern zerstört worden – durch die Politik der rot-grünen Bundesregierung.

Ich will Ihnen zu dem sogenannten Unternehmenssteuerkonzept, das Sie jetzt planen, noch einige sachliche, ganz nüchterne Anmerkungen machen: Die künstliche Unterscheidung zwischen Unternehmensgewinnen und privaten Einkünften wird Sie in der rot-grünen Koalition im Gesetzgebungsverfahren vor allergrößte Schwierigkeiten stellen. Ich zitiere Ihnen aus einem Festvortrag, der aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzminister am 19. Februar von einem der renommiertesten deutschen Finanzwissenschaftler, der Jahrzehnte Mitglied des wissenschaft-

lichen Beirats des BMF war und der genau dieses Thema Unternehmenssteuerreform mit einer künstlichen Spreizung der Steuersätze zwischen Unternehmens Einkünften und sonstigen Einkünften angesprochen hat, Professor Frohmer: „Wer meint, mit der Begünstigung der Selbstfinanzierung Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland fördern zu können, der irrt, weil die Unternehmen die ersparten Beträge unter anderem auch im Ausland investieren, in reinen Finanztiteln anlegen, Schulden tilgen oder gar nach neuem Handelsrecht zum Rückkauf eigener Aktien und damit zur Steigerung ihres shareholder value nutzen können.“ Die von Ihnen so häufig verteilte Shareholder-value-Mentalität in Unternehmen werden Sie mit der Begünstigung dieser Innenfinanzierung von Unternehmen geradezu fördern zu Lasten des entnommenen Gewinns.

Herr Bundeskanzler, Sie haben gestern auf der Pressekonferenz gesagt: „Wir – die Sozialdemokraten – wollen die Unternehmen entlasten und nicht die Unternehmer.“ Sie sollten dabei im Blick behalten, daß fast 90 Prozent der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland keine Aktiengesellschaften und keine großen GmbHs sind, sondern Eigentümerunternehmen des Mittelstandes, bei denen das Privatvermögen das haftende Betriebsvermögen dieser Personengesellschaften ist.

... und das heißt soziale Gerechtigkeit bei der SPD

In diesem Zusammenhang will ich Sie, Herr Eichel, auf ein weiteres Problem aufmerksam machen. Sie wollen das körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren abschaffen. Dieses körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren ist eine Regelung, die gegenwärtig insbesondere den Aktionären, die Aktien in privater Hand halten, zugute kommt. Für den Fall, daß Sie die-

ses Anrechnungsverfahren abschaffen und an diese Stelle das sogenannte Halbeinkünfteverfahren setzen, sollten Sie wissen, daß Sie bei denjenigen Einkommensbezieher, die auf ihre privaten Einkünfte einen Steuersatz von unter 40 Prozent haben, im Ergebnis eine wesentlich höhere Besteuerung der Dividenden erträge aus Aktienbesitz hervorrufen. Begünstigt werden diejenigen, die Steuersätze von über 40 Prozent haben; deren Steuerlast wird in Zukunft geringer werden. Diejenigen aber, die einen Steuersatz von unter 40 Prozent haben, werden auf ihre Dividenden erträge höhere Einkommensteuern zahlen. So viel zum Bereich soziale Gerechtigkeit bei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

Zukunftsaufgaben anpacken

Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Tat vor schwierigen Entscheidungen. Zu diesen Zukunftsaufgaben gehört erstens, daß das langfristige Vertrauen derer, die in Deutschland Arbeitsplätze schaffen sollen, wiederhergestellt wird. Dazu gehört zweitens, daß wir eine grundlegende Reform unseres Steuersystems in Angriff nehmen, und zwar nicht mit künstlicher Unterscheidung zwischen guten und schlechten Einkünften, sondern mit einer Steuersenkung für sämtliche Einkünfte, die es in unserem Einkommensteuersystem gibt. Dazu gehört drittens, daß wir eine ehrliche und offene Bestandsanalyse der sozialen Sicherungssysteme machen und daß wir nicht nach politischer Opportunität, nicht nach Maßstäben obrigkeitstaatlicher Willkür, sondern nach objektiven Maßstäben wie der Nettolohnbezogenheit der Rente langfristig richtige und sichere Entscheidungen für die sozialen Sicherungssysteme treffen. Dazu gehört viertens, daß diese Bundesrepublik Deutschland bereit ist, eine Nation zu bleiben, die sich neuen Techniken öffnet, und eine Hochtechnologie-Nation bleibt. ■

Die Bundesregierung verschiebt Lasten auf Gemeinden

Zu den Auswirkungen der Haushaltspolitik des Bundes auf die Kommunen erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

Mit dem sogenannten Sparpaket verschiebt die Bundesregierung zusätzliche Lasten auf die Kommunen in Milliardenhöhe. Das hat mit Sparen nichts zu tun.

Der Abbau der originären Arbeitslosenhilfe durch die Schröder-Regierung von rd. 1,3 Milliarden DM führt unmittelbar und weitgehend zu einer höheren Belastung der kommunalen Haushalte und macht die Betroffenen zu Sozialhilfeempfängern.

Die starke Reduzierung der Sozialbeiträge um rd. 4,5 Milliarden DM, die der Bund für Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe bisher gezahlt hat, belastet ebenfalls die Sozialhilfe, die von den Kommunen zu bezahlen ist.

Die Beschränkung der Anpassung von Arbeitslosengeld und -hilfe auf die Inflationsrate erhöht die ohnehin schon große Anzahl von Arbeitslosen, die künftig Sozialhilfe beziehen werden.

Die Streichung des pauschalierten Wohngeldes belastet die Kommunen mit rd. 2,3 Milliarden DM.

Sparen zulasten der Kommunen ist kein „Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität“, sondern eine reiner Verschiebepolitik. „Sparvorschläge zulasten anderer werden genug gemacht. Damit muß Schluß sein.“ So beurteilt die Bundesregierung ihr eigenes Tun im Zukunftsprogramm.

Mit dieser Haushaltspolitik werden keine Wachstumsimpulse ausgelöst. Angesichts der angespannten Finanzsituation der Kommunen führen zusätzliche Belastungen unmittelbar zu weiteren Kürzungen der kommunalen Investitionen. Damit verschlechtern sich auch die Chancen des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur, die für die Investitionen von Unternehmen von erheblicher Bedeutung ist.

Die Verschiebung von Lasten auf die kommunalen Haushalte führt zu einer Einschränkung der kommunalen Finanzautonomie. Die Kommunale Selbstverwaltung wird schrittweise ausgehöhlt.

Als Bundesvorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU ist Dieter Murmann wiedergewählt worden. Wie der Wirtschaftsrat mitteilte, erhielt der 65jährige Geschäftsführende Gesellschafter der J.P.Sauer & Sohn Maschinenbau-Beteiligungs GmbH in Kiel erneut das Vertrauen. Stellvertretende Vorsitzende blieben der Vorstandssprecher der Berentzen-Gruppe in Haselünne, Jan Berentzen, sowie der Rechtsanwalt Klaus Schweickart, Vorstandsvorsitzender der Altana AG, Bad Homburg. Schatzmeister des Wirtschaftsrats sei erneut Hartwig Piepenbrock, Geschäftsführender Gesellschafter der Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG in Berlin.

Unsystematisches Hin und Her beenden

Zu den unkonzptionellen Einsparplänen im Bereich Beamten- und Pensionsbezüge erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die bislang bekanntgewordenen Sparpläne der Schröder-Regierung sind auch im Bereich des öffentlichen Dienstes konfus und willkürlich: So werden üblicherweise die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst per Gesetz auf die Beamten übernommen, damit diese nicht besser und nicht schlechter als ihre tarifgebundenen Kollegen an der Lohn- und Gehaltsentwicklung teilhaben. Für die Jahre 2000 und 2001 jedoch will Rot-Grün von diesem guten Grundsatz abweichen und die Beamtenbesoldung an die Rentenerhöhung koppeln. Da die Renten aber gleichzeitig nicht mehr – wie von Kanzler Schröder

versprochen – an die Nettoeinkommen gekoppelt werden sollen, sondern an die Inflation, ist das Chaos perfekt. Dieses unsystematische Hin und Her macht keinen Sinn.

Zudem ist mehr als ungewiß, ob die angestrebten 2 Mrd. DM in diesem Bereich tatsächlich eingespart werden können: Die bisherige Finanzplanung sah ohnehin nur sehr geringe Personalverstärkungsmittel vor, mit denen haushaltstechnisch Vorsorge für künftige Tarifsteigerungen getroffen wird. Insofern dürfte sich der Eichel-Plan im Vergleich Soll-Ist schon bald als Luftnummer erweisen.

Innenminister Schily dürfte diesem Plan im Kabinett wohl nur zugestimmt haben, um den „schwarzen Peter“ für dieses unsystematisch-hektische Tun an seinen Kollegen Eichel weiterzureichen. So stellt man sich Solidarität unter Genossen vor.

Naumann dreht der „Deutschen Welle“ das Mikro zu

Zu den drastischen und unverantwortlichen Kürzungen des Bundeszuschusses für die Deutsche Welle (DW) erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des DW-Verwaltungsrats, Erwin Marschewski:

Michael Naumann, Staatsminister für Kultur, plant offenbar, den Sender langfristig aufzulösen. Eindringlich ist davor zu warnen, auf den einzigen deutschen Auslandssender zu verzichten. Es wäre eine Blamage, wenn die Bundesrepublik dieses Flaggschiff deutscher Kultur untergehen ließe.

Hintergrund des sich anbahnenden Skandals sind die finanziellen Daumenschrauben, die dem öffentlich-rechtlichen Sender angelegt werden. Nur schwer zu verkraften ist schon die Kürzung des Haushalts um 30 Mio. DM in diesem Jahr und die Verweigerung eines Ausgleichs für die erheblich erweiterten Aktivitäten in Südosteuropa anlässlich der Kosovo-Krise.

Jetzt wurde die Deutsche Welle von der Nachricht überrascht, daß der bereits ausgehandelte Bundeszuschuß für das Jahr 2000 (635 Mio. DM) keinen Bestand hat.

Scharping erst gefeiert – dann gefeuert

Zum Beschluß des Bundeskabinetts, aus dem Verteidigungshaushalt 2000 einen Sparbeitrag von 7,4%, d.h. ca 3,5 Mrd DM zugunsten des Gesamthaushalts abzuzweigen, nimmt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Paul Breuer, Stellung:

Die Bundesregierung mit dem Finanzminister an der Spitze hat den allgemeinen Sturm auf den Verteidigungshaushalt beschlossenen. Der Finanzminister will das Geld aus dem Verteidigungshaushalt. Mit dem Beschluß der Bundesregierung für den Haushalt 2000 muß Scharping von den beantragten rund 48,8 Mrd DM einen Sparbeitrag von ca. 3,5 Mrd DM an den Finanzminister abliefern. Für das Jahr 1999 stehen Scharping also nur 45,3 Mrd DM zur Verfügung. Bis zum Jahre 2003 soll der Verteidigungshaushalt bis zu 5,8 Mrd DM jährlich verlieren und auf 43,7 Mrd DM absinken. Der finanzielle Super-Gau für die Bundeswehr steht bevor, die öffentliche Debatte um die Finanzierung der Bundeswehr ist voll entbrannt. Verteidigungsminister Scharping sitzt zwischen allen Mühlsteinen der rot-grünen Koalition. Weder vom Bundeskanzler noch von der rot-grünen Koalition ist Hilfe in Sicht. Die rot-grüne Mehrheit läßt Scharping im Stich. Erst wurde Scharping gefeiert, dann gefeuert!

Bereits beim Verteidigungshaushalt 1999 mußte Scharping vor allem durch den Ex-Finanzminister Lafontaine, aber auch durch die rot-grünen Haushälter eine erste Schlappe hinnehmen und Kürzungen von über 1 Mrd DM einschließlich aller Vorbelastungen und Kosten für die Lohnerhöhungen hinnehmen. Seine schon damals

geäußerten Rücktrittsdrohungen hatten keinen Erfolg.

Mit den neuen Kürzungen wird eine geordnete Bundeswehrplanung völlig unmöglich, jede Gestaltungsmöglichkeit geht verloren.

Diese dramatische Kürzung des Verteidigungshaushalts fällt in eine Zeit, in der die Bundeswehr mit neuen Aufgaben auf das Äußerste belastet ist. Heute stehen etwa 13.000 Soldaten im ehemaligen Jugoslawien, und nach dem Willen der Regierungskoalition sollen nochmals bis zu 5.000 Soldaten für Einsätze der Vereinten Nationen abgestellt werden. Nach der deutschen Einheit, dem Ende des Warschauer Paktes und dem Zerfall der Sowjetunion ist der

Zusagen nicht eingehalten

Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt in den letzten 10 Jahren von fast 20 Prozent auf unter 10 Prozent gesunken. Die Friedensdividende ist mehr als erbracht. Beim Anteil der Verteidigungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind wir im Vergleich der alten 16 NATO-Staaten auf die 11. Stelle gerutscht.

Mit den neuen Kürzungen droht die Gefahr, daß Deutschland bei den Ausgaben für Verteidigung auf die vorletzte Stelle innerhalb der NATO fällt. Damit wird eine Verstärkung des europäischen Sicherheits- und Verteidigungsbeitrags unmöglich, weil der deutsche Beitrag verweigert wird. Die sicherheitspolitische Analyse, und das ist auch die Konsequenz aus dem Kosovo-Konflikt, fordert das Gegenteil. Die Nato kann ihren Auftrag nur dann weiter fundiert erfüllen, wenn der europäische Pfei-

Zivildienstkürzung gefährdet die Versorgung von Hilfsbedürftigen

Zu den bekanntgewordenen Plänen der Bundesregierung, starke Einsparungen im Zivildienst vorzunehmen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch:

Die Zivildienstleistenden erbringen in unserer Gesellschaft einen unverzichtbaren Dienst, der insbesondere in zahlreichen Pflege- und Betreuungsdiensten und -einrichtungen und der individuellen Schwerbehindertenbetreuung den Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft zugute kommt. Jeder von uns kennt dieses aus persönlichem Erleben.

Nicht auszudenken wären die Folgen einer Streichung von mehr als einem Fünftel aller Zivildienststellen und ei-

ner gleichzeitigen Kürzung der Zivildienstzeit von 13 auf 11 Monate. Von entsprechenden Sparplänen der Bundesregierung zu Lasten der Schwächeren ist aber nach neuesten Berichten auszugehen. Es steht zu befürchten, daß damit viele Hilfsangebote überhaupt nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Dieses jüngste Beispiel offenbart erneut, wie die Bundesregierung ihren, in der Bundestagswahl und dem Koalitionsvertrag wiederholt angekündigten Einsatz für die Benachteiligten in unserer Gesellschaft umzusetzen gedenkt. Die Versprechen sind vergessen. Nun folgt das Sparen nach der Rasenmähermethode – koste es was es wolle.

ler gestärkt und die europäische Handlungsfähigkeit verbessert wird. Mit diesem Verteidigungsetat wird Deutschland eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht mehr verantwortlich mitgestalten können.

Alles, was Scharping in der Vergangenheit zugesagt wurde, wurde nicht eingehalten. Alle Versprechungen, bis 2002 nicht in die Strukturen der Bundeswehr einzugreifen, kann er nicht einhalten. Auch die Zusicherung in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung für einen ungekürzten Verteidigungshaushalt bis zum Abschluß der Arbeiten der Wehrstrukturkommission ist heute kein Pfifferling mehr wert.

Aufgrund der drastischen Kürzungen im Verteidigungsetat muß Scharping zu Notmaßnahmen greifen.

Selbst bei umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen ist es der Bundeswehr heute

nicht mehr möglich, Zukunftsinvestitionen aus der Substanz zu bestreiten. Bei der Realisierung der Pläne der Bundesregierung bliebe Scharping nur die Flucht nach vorne, Reduzierung der Einberufung von Wehrpflichtigen, weniger Neueinstellungen von Zeit- und Berufssoldaten, Standortschließungen und Verzicht auf notwendige Erneuerungsinvestitionen.

Bundeswehr kaputtgespart

Wer kein Geld hat, kann nicht mehr investieren, wer nicht mehr investiert, bekommt immer mehr veraltetes Gerät. Das kostet mehr, und die Motivation der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr sinkt auf den Nullpunkt! Die Bundeswehr wird zukunftsunfähig.

Nach der Abrüstung folgt die Abrostung, die Bundeswehr wird kaputtgespart. Für junge Leute wird sie damit zunehmend unattraktiv.

Neue Ansätze und Ideen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Bundesfachausschuß Gesellschafts- und Sozialpolitik der CDU Deutschlands hat sich am 17. Juni konstituiert und Hermann-Josef Arentz MdL, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen und Erster Stellvertretender CDA-Bundesvorsitzender, zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Der Bundesfachausschuß versteht sich als sozial- und gesellschaftspolitische Ideenwerkstatt der CDU und als Ansprechpartner für Bürger, Verbände und Organisationen. Der Bundesfachausschuß hat die Aufgabe, die anstehenden Gesetzgebungsverfahren kritisch zu begleiten, mit interessierten Verbänden und betroffenen Zielgruppen einen Dialog zu führen und Vorschläge für die Partei zu erarbeiten. Dazu wurden zwei Arbeitskreise – der Arbeitskreis Gesundheitspolitik und der Arbeitskreis Alterssicherung – eingerichtet.

Der Arbeitskreis Gesundheitspolitik wird sich mit den rot-grünen Gesundheitsplänen befassen. Schwerpunkte werden dabei unter anderem die Gefährdung der Versorgungssicherheit durch ein Globalbudget, die Einschränkung der Therapiefreiheit durch eine Positivliste, die Unsicherheit in der Krankenhausfinanzierung (Monistik), die Bürokratisierung der ambulanten ärztlichen Versorgung, die weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Behandlung und die sogenannten Integrationsmodelle sein.

Der Arbeitskreis Alterssicherung wird neben der kritischen Begleitung der Politik der Regierung Schröder die Weiterentwicklung des Rentenreformkonzeptes 1999 im Hinblick auf die Hinterbliebenenversorgung, die Neuordnung der familien-

politischen Leistungen in der Rentenversicherung, die eigenständige Alterssicherung von Frauen sowie eine Stärkung der privaten Vorsorge betreiben.

Mit den von Arbeitsminister Walter Rister vorgelegten Plänen, die in den Jahren 2000 und 2001 lediglich eine Rentenerhöhung entsprechend der Inflationsrate vorsehen, wird ein Rentenniveau erreicht, das bereits in der Mitte des nächsten Jahrzehnts niedriger sein wird als das Rentenniveau, das durch die Rentenreform 1999 für das Jahr 2030 angestrebt wurde. Durch einen statistischen Trick werden

Im Vordergrund steht für uns die Frage nach einem neuen Verständnis von Solidarität im modernen Sozialstaat.

künftig die Leistungen für Kinder aus den Nettolöhnen herausgerechnet und damit ein künstlich erhöhtes Rentenniveau geschaffen.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Ulrike Mascher, hat in einer Pressemitteilung selbst erklärt, daß sich das Rentenniveau dadurch um einen Prozentpunkt erhöht. Berücksichtigt man zudem, daß die erste Stufe der Ökosteuer ebenfalls bereits zu einer Senkung der frei verfügbaren Rente um einen Prozentpunkt geführt hat, bleibt von dem Rentenniveau von 67 Prozent, daß nach SPD-Angaben im Jahr 2001 erreicht wird, lediglich ein Rentenniveau von 65 Prozent. Für den Durchschnittsrentner bedeutet dies

bis zum Jahr 2002, daß er etwa 150 DM weniger verfügbare Rente im Monat hat.

Da zu erwarten ist, daß die „obligatorische Zusatzversicherung“ nach der Sommerpause wieder auf den Tisch kommt, durch die private Vorsorge in gesetzliche Vorsorge umgerechnet werden soll, reduziert sich das Rentenniveau faktisch bis zum Jahr 2008 um weitere 2,5 Prozent auf 62,5 Prozent.

Die Regierung wollte es nicht schon heute offen sagen

Sehr interessant ist die Angabe der Regierung Schröder, daß die Rentenanpassung für das Jahr 2001 aufgrund der Inflationsrate im Jahr 2000 1,6 Prozent betragen werde. Für das Jahr 1999 – und damit für die Rentenanpassung im Jahr 2000 – wird noch eine Inflationsrate von 0,7 Prozent unterstellt. Daraus läßt sich nur schließen, daß entweder die Regierung selbst davon ausgeht, daß sie keine Politik der Geldwertstabilität betreibt, oder aber daß sie den Rentnerinnen und Rentnern nicht schon heute offen sagen wollte, daß auch im Jahr 2001 ihre Rentenerhöhung bei weit unter einem Prozent liegen wird.

Eine unabhängige sachverständige Stelle, beispielsweise der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, muß prüfen,

- wie sich das Rentenniveau nach alter und nach neuer Berechnungsmethode entwickelt,
- welche Konsequenzen für die Renten zu erwarten sind, wenn die Inflationsrate nicht entsprechend den Angaben der Bundesregierung ansteigt,
- welche Auswirkungen auf den Rentenanstieg das Zwangssparen mittels der „obligatorischen Zusatzversicherung“ hat und
- wie sich das Tempo der Rentenzuwächse bis zum Jahr 2008 mit und ohne das Riesterische Zwangssparen entwickelt.

Nur so können die sozial ungerechten Rentenbeschlüsse der Regierung Schröder aufgedeckt und für die Rentnerinnen und Rentner transparent gemacht werden.

Eine besonders wichtige Aufgabe sieht der Bundesfachausschuß darin, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit neue Ansätze und Ideen zu entwickeln. Um die Voraussetzungen für das Ziel „Arbeit für alle“ zu schaffen, müssen auch neue, unkonventionelle Wege beschritten werden. Als wichtige Ziele erachtet der Bundesfachausschuß eine bessere Verzahnung von Bildung, Ausbildung sowie Weiterbildung mit dem Arbeitsmarkt sowie die Schaffung neuer Chancen für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte. Als Ansätze bieten sich eine bessere Kombination von eigenem Einkommen und staatlichen Leistungen, eine aktivierende Ausgestaltung der Sozialhilfe sowie eine Senkung der Arbeitskosten mittels einer Steuerreform mit Steuerentlastungen insbesondere für Bezieher niedriger Einkommen, einer Reduktion der Sozialbeiträge, einer Flexibilisierung der Tarifverträge sowie der Schaffung investiver Lohnbestandteile an.

Neue Wege gehen

Über die anstehenden Einzelthemen hinaus stellt sich der Bundesfachausschuß auch der Herausforderung, die gesellschaftlichen Leitlinien der CDU Deutschlands weiterzuentwickeln. Im Vordergrund stehen das Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung, die Frage, was die Gesellschaft zusammenhält, und ein neues Verständnis von Solidarität in einem modernen Sozialstaat. Für uns ist klar: Wirtschaft und Soziales sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Dies deutlich zu machen und dazu auch neue Wege in der Gesellschafts- und Sozialpolitik zu beschreiten, ist Anspruch und Aufgabe des Bundesfachausschusses. ■

Neuer Gesetzentwurf verbessert die Förderung der Vereine

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zur Einbringung eines Gesetzes zur Verbesserung der Vereinsförderung und ehrenamtlich Tätigen in das parlamentarische Verfahren:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihren Gesetzentwurf zur Verbesserung der Vereinsförderung und der ehrenamtlich Tätigen in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Dadurch soll der finanzielle und wirtschaftliche Handlungsrahmen für Vereine erweitert und verbessert werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat 1989 durch das Vereinsförderungsgesetz über 90% der Sportvereine von der Steuer freigestellt. Dieses Gesetz muß durch eine Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Die Vereine müssen durch wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, Mittel zu erwirtschaften, um ihre gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben in eigener Verantwortung wahrnehmen zu können.

Die wichtigsten Punkte dieses Gesetzes sind:

- Vereine sollen zukünftig zusätzlich Rücklagen bilden können, um Freiraum für flexible Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Pro Mitglied und pro Jahr dürfen die Vereine 100 DM Rücklage bilden, nicht aber mehr als 50.000 DM im Jahr.
- Die Besteuerungs- und Zweckbetriebsgrenzen werden von 60.000 DM auf 120.000 DM erhöht.

- Die Grenze für die Pauschalierung der Vorsteuer wird von bisher 60.000 DM auf 120.000 DM erhöht und
- der steuerfreie Übungsleiterpauschbetrag wird von 2.400 DM auf 4.800 DM erhöht.

Durch diese Bündelung von Maßnahmen werden unsere Vereine bei der Wahrnehmung ihrer vielfältigen Aufgaben im kulturellen, sportlichen, sozialen und gemeinnützigen Bereichen von Verwaltungsaufwand und Bürokratie entlastet.

Willkürliche Maßnahmen belasten die Vereine

Die Koalition von Rot-Grün hat durch gesetzgeberische Maßnahmen die Vereine in den vergangenen Monaten drastisch belastet. Die willkürliche Anhebung der Energiekosten – sprich Öko-Steuer –, die gesetzlichen Neuregelungen zu den 630-DM-Jobs und zur Aufhebung der Scheinselbständigkeit treffen unsere Vereine in ganz besonderem Maße. Sie können diese zusätzlichen Kosten nicht weiterleiten, die nebenberuflich Tätigen müssen hohe Einnahmeverluste hinnehmen; die Vereine können diese nicht ausgleichen.

Es ist deshalb dringend geboten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um unsere Vereine finanziell, wirtschaftlich und von bürokratischem Aufwand zu entlasten. Dieser Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bietet dafür den erforderlichen Rahmen. Die Koalition wäre gut beraten, diesem Gesetzentwurf im Interesse unserer Vereine zuzustimmen und ihn nicht aus rein opportunistischen Gründen abzulehnen. ■



Für die neue CDU-Geschäftsstelle in Berlin wurde am 23. Juni Richtfest gefeiert. Nach Angaben von Bundesschatzmeister Matthias Wissmann werden die 150 Mitarbeiter der Geschäftsstelle spätestens im Juni 2000 ihre Arbeit in Berlin aufnehmen. An der Feier nahmen auch Generalsekretärin Angela Merkel und Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen teil.

Foto: Glaser

Spitzengespräch CDU/CSU und ÖTV

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sind am 23. Juni in Bonn die Spitzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) unter Leitung der Vorsitzenden **Wolfgang Schäuble** und **Herbert Mai** zusammengekommen.

Dabei waren sich beide Seiten einig, daß das Ziel, mehr Beschäftigung

zu erreichen und dabei auch neue Beschäftigungsfelder zu erschließen, im Mittelpunkt aller politischen Anstrengungen stehen müsse.

Dialog fortsetzen

Als Ergebnis des offenen und konstruktiven Gesprächs in guter Atmosphäre wurde vereinbart, den Dialog fortzusetzen und zu Einzelthemen in Arbeitsgruppen zusammenzukommen.

Die CDU Brandenburg vor der Landtagswahl

Es herrscht Aufbruchsstimmung im Land! Monat für Monat steigt die Zustimmung, die die Brandenburger der märkischen Union entgegenbringen. Nach der neuesten Umfrage wollen uns bereits 27% ihre Stimme geben. Nach der Wahl eines neuen Landesvorstandes und der Aufstellung der Landesliste haben wir ein zugkräftiges Programm beschlossen. Damit sind wir bereit und fähig, im Herbst Regierungsverantwortung in Brandenburg zu übernehmen.

Unser am 29. Mai beschlossenes Wahlprogramm zeigt die Ziele auf, die wir in der Regierung umsetzen wollen. Die vier entscheidenden Themen sind Wirtschaft und Arbeit, Bildung (Schule und Erziehung), Justiz und innere Sicherheit sowie Kommunalpolitik.

In den Bereichen Wirtschaft und Arbeit ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze das zentrale Ziel unserer Politik. Entgegen der vollmundigen Wahlversprechen Stolpes von 1994 („Wir drücken die Arbeitslosenquote auf unter 10%“) liegt die Arbeitslosigkeit in Brandenburg bei erschreckenden 18%. In den berlinfernen Regionen ist die Lage noch schlimmer. Brandenburg ist auf dem Weg, dauerhaft „italienische Verhältnisse“ zu haben, ein boomendes Umland um Berlin und der Rest des Landes im wirtschaftlichen Siechtum. Wir wollen daran arbeiten, daß ganz Brandenburg zum Speckgürtel wird! Dafür müssen wir die Investitionsquote erhöhen und nicht absenken, wie es die Regierung tut. Statt 22,1% müssen mindestens 25% des Haushaltes für investive Maßnahmen bereitgestellt werden. Unser Land braucht eine zukunftsgerichtete, offensive Wirtschaftspolitik. Dauerhafte Arbeitsplätze entstehen

nur in einem investitionsfreundlichen Klima in konkurrenzfähigen Betrieben. Leistungsbereitschaft, Unternehmergeist und Eigeninitiative unserer Bürger sind wichtige Standortfaktoren und brauchen nachhaltige Förderung.

Wirtschaft schafft Arbeit und den Weg, die Rahmenbedingungen für Investitionen und wirtschaftlichen Aufschwung zu verbessern. Investitionshemmnisse sind zu beseitigen. Genehmigungsverfahren dürfen nicht länger durch eine verknöcherte Bürokratie auf die lange Bank geschoben werden. Eine mangelnde und teilweise fehlende Infrastruktur schreckt viele Unternehmer ab und ist ein entscheidender Hemmschuh für den Tourismus.

Von Jörg Schönbohm

Der zweite Bereich, die Bildungspolitik, ist in den letzten Monaten in besonderer Weise öffentlich diskutiert worden. Wer mit einem brandenburger Zeugnis auf den Arbeitsmarkt geht, dem haftet ein Makel an. Schuld sind unter anderem die Gesamtschulen, von denen es in keinem anderen Bundesland so viele wie in Brandenburg gibt. Sie fördern die Kinder nicht nach ihrer Begabung, sondern der langsamste Schüler bestimmt das Tempo des Lernens. Eine Differenzierung nach Leistung findet nicht statt.

Wir haben zu viele Gesamtschulen, zu wenig Gymnasien und zu wenig Realschulen. Die CDU will, daß die Kinder nach dem 4. Schuljahr auf weiterführende Schulen gehen, um dort ihren Leistungen entsprechend gefordert zu werden. Wir wollen, daß mit Abschluß der 10. Klasse eine zentrale Prüfung erfolgt, um

InfoNet: Information für Wahlkämpfer

Eine immer wichtigere Rolle für unsere parteiinterne Kommunikation spielt der Dialog über das InfoNet.

Unter der Rubrik „Wahlen 99“ erhalten Sie wichtige Hinweise für die Kommunalwahlkämpfe in diesem Jahr: Plakatmotive zum download, neueste Umfrageergebnisse usw.

Nutzen Sie die Chancen, die Ihnen das InfoNet mit seinen Möglichkeiten bietet und fordern Sie Ihre persönliche Zugangskennung für das InfoNet an.

Bitte schicken Sie eine e-mail oder ein Fax mit Angabe Ihres Namens, Ihrer vollständigen Adresse und Ihrer Funktion innerhalb der CDU an: infonet@cdu.de oder Fax: 0228/544-917. Sie erhalten dann in den nächsten Tagen Ihre persönlichen Zugangsdaten.

Lob von der „Saarbrücker Zeitung“: „Die CDU hat beim Internet die Nase vorn. Ihre Seiten sehen nicht nur ansprechend aus, sie sind auch übersichtlich.“

Leistungen vergleichen zu können. Wir wollen ein zentrales Abitur nach 12 Jahren Schulzeit. Schließlich wollen wir, daß das Sozialverhalten von Schülern durch Kopfnoten bewertet wird. Denn neben reinem Stoffwissen sind auch die Persönlichkeit und das Sozialverhalten von Lehrlingen und jungen Mitarbeitern entscheidend für deren Erfolg im Erwerbsleben.

Der dritte Bereich unserer Programmatik, Justiz und innere Sicherheit, liegt uns als überzeugte Demokraten sehr am Herzen, denn wir stehen für Recht und Ordnung. Im bundesweiten Vergleich war Brandenburg 1997 unter allen Flächenstaaten das zweitgefährlichste Bundesland – mit 11.257 Straftaten auf 100.000 Einwohner. Wir treten daher als CDU dafür ein, den von der SPD-Landesregierung geplanten Stellenabbau bei der Polizei zu stoppen. Die Polizei muß personell und von ihrer Ausstattung her in die Lage versetzt werden, die Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen zu können. Eine Bedrohung der inneren Sicherheit stellen zudem die katastrophalen Zustände in den Gefängnissen dar. Häufige Gefängnisausbrüche sind ein Sicherheitsrisiko für die Bürger. Auch im Bereich der Justiz müssen Mängel besei-

tigt werden. Wir brauchen mehr Richter und Staatsanwälte, die den Verfahrensberg aus der Vergangenheit abbauen und neue Fälle zügig bearbeiten.

Der vierte Bereich unserer Programmatik betrifft die Kommunalpolitik. Besonders in der Mark mit ihrer ländlich geprägten Struktur spielt die Kommunalpolitik eine wichtige Rolle. Die Stolpe-Regierung plant eine folgenschwere Gemeindereform. Sie will die sogenannte Amtsgemeinde zum Regelfall zu machen. Wir als CDU lehnen diese zwangsweisen Zusammenschlüsse zu Großgemeinden ab und wollen das erst seit 4 Jahren bestehende, an Schleswig-Holstein angelehnte System, weiterentwickeln. Die grundgesetzlich verankerte kommunale Selbstverwaltung soll erhalten bleiben. Die Gemeinden sollen mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die sie benötigen, um ihre Aufgaben bestmöglich zu erfüllen.

Die vor uns liegende Zeit wird schwierig. Wir haben als CDU Brandenburg aber allen Grund, von unserem Weg und von unserer Programmatik überzeugt zu sein. Wir sprechen die Themen an, die die Menschen berühren und zeigen Lösungen auf. Unser Motto: Nicht reden – handeln! ■

Das beste Ergebnis, das die CDU in Bremen je hatte

„Die Koalitionsvereinbarung trägt eindeutig unsere Handschrift“, mit diesen Worten kommentierte der Bremer CDU-Landeschef Bernd Neumann den Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der SPD. In Bremen erfährt die Große Koalition nach der Bürgerschaftswahl eine Neuauflage.

Bei der Wahl am 6. Juni erzielte die CDU mit 37,1 Prozent ihr bestes Ergebnis, das sie jemals in Bremen bei Wahlen bekam. Gegenüber der Bundestagswahl gewann die Union an der Weser rund zwölf Prozentpunkte hinzu. Die SPD kam auf 42,6 Prozent und verlor gegenüber der Bundestagswahl rund acht Prozentpunkte.

Strahlender Sieger war am Wahlabend CDU-Spitzenkandidat Hartmut Perschau. Schon im Vorfeld der Wahl hatten sowohl Hartmut Perschau als auch der SPD-Spitzenkandidat deutlich gemacht, daß sie die Große Koalition fortsetzen wollten, so daß die Koalitionsverhandlungen schnell begonnen und nach nur zwölf Tagen erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Hartmut Perschau bleibt als Bürgermeister und Finanzsenator stellvertretender Regierungschef. Das Ressort für Wirtschaft und Mittelstand bleibt in den Händen des ehemaligen Wirtschaftsmanagers Josef Hattig. Dem Ressort werden zudem die Bereiche Häfen, überregionaler Verkehr und Außenwirtschaft zugeordnet. Das Ressort Innen, Kultur und Sport wird vom früheren Bau-senator Dr. Bernt Schulte geführt. „Wir haben mit unseren drei Senatoren eine starke Truppe, die das Profil der CDU deutlich herausstellen wird“, meinte CDU-Landeschef Bernd Neumann MdB.

Maßgebliche CDU-Forderungen prägen den Koalitionsvertrag. In der Präambel sind die Kriterien für den Umbau der Stadtgesellschaften im Zwei-Städte-Staat aufgeführt: Wirtschaftskraft stärkend, arbeitsplatzschaffend, kostenbewußt, sozialverträglich, ökologisch und nachhaltig. Oberstes Ziel ist die Sanierung der Landesfinanzen. Zu diesem Zweck soll eisern im konsumtiven Bereich gespart, gleichzeitig sollen wirtschaftsfördernde Investitionen auf einem hohen Niveau fortsetzen werden. Eine offensive Förderung des

Die SPD hat sich bei der Bundesratsklausel nicht durchgesetzt: Bei Nicht-Einigung wird sich das Land Bremen im Bundesrat enthalten.

Mittelstandes und der Existenzgründer soll den Strukturwandel im Zwei-Städte-Staat weiter vorantreiben. Weitere Schwerpunkte der CDU-Regierungspolitik werden die innere Sicherheit und die Kulturpolitik sein. Demnach sollen durch verschiedene Projektgruppen bereits die Ursachen von Kriminalität und Gewaltbereitschaft bekämpft werden. Zur Bekämpfung von temporären Kriminalitätsschwerpunkten ist der Aufbau von task-force-Einheiten geplant. Zur gezielten Kriminalitätsbekämpfung werden gesonderte Ermittlungsgruppen eingesetzt. Kultur ist für die CDU ein Standortfaktor, deshalb soll das attraktive Kulturangebot ausgebaut werden.

Auch der Bereich Bildungspolitik ist eindeutig von der CDU geprägt. Dem Prinzip

Verrat an den Interessen des Landes

Eichels Streichliste ist ein schwerer Schlag gegen Schleswig-Holstein. Bei vielen Zukunftsinvestitionen, die bisher von dem Geld für die Regionalförderung, aus den Mitteln für Agrarstruktur und Küstenschutz, mit den Werfthilfen oder aus dem Verkehrsetat finanziert wurden, drohen erhebliche Einbußen oder sogar das „Aus“.

Vor allem die Streichung von für die Zukunft des Landes lebenswichtigen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur würde das Land wieder um Jahrzehnte zurückwerfen.

Die vor kurzem von Heide Simonis und den Ministern Walter und Büllck groß angekündigten Regionalfördermittel könnten sich zum großen Teil

als „Luftbuchungen“ herausstellen. Die Ökosteuer trifft das Land besonders: die Mobilität im ländlichen Raum wird erschwert. Dem Kumpel oder dem Rentner aus dem Ruhrgebiet, bisher treue Feriengäste in Schleswig-Holstein, fehlt es in der Urlaubskasse.

Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Heide Simonis muß sich jetzt entscheiden: Vertritt sie knallhart die Interessen des Landes? Dann muß sie nicht nur – wie angekündigt – „nein“ sagen zur Streichung der Absetzbarkeit von Bewirtungskosten, sie muß auch viele andere Maßnahmen aus Eichels Streichliste ablehnen. Wenn sie aber im Bundesrat zustimmt, wäre dies Verrat an den Interessen Schleswig-Holsteins.

„Fördern und Fordern“ soll stärker Beachtung geschenkt werden. Ein besonderes Augenmerk wird dem Abbau des Unterrichtsausfalls gewidmet. Vergleichsarbeiten und Vergleichstest werden ebenso wie die Beteiligung an überregionalen Vergleichsuntersuchungen die Qualität der Schulen sichern. Ein Modellversuch „Reduzierung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre“ ergänzt das bildungspolitische Programm.

Trotz aller anderslautenden Äußerungen konnte sich die SPD bei der Bundesratsklauseel nicht durchsetzen. Bernd Neumann: „Es bleibt faktisch alles, wie es ist. Wenn sich CDU und SPD nicht auf ein Votum im Bundesrat einigen können, wird sich das Land Bremen im Bundesrat bei Abstimmungen enthalten. Wir haben uns hier auf der ganzen Linie durchgesetzt.“

Gute Chancen für die CDU an der Saar

Im Saarland hat die CDU nach dem Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage gute Chancen, die Landtagswahl am 5. September zu gewinnen und die seit 1985 regierende SPD abzulösen. In einer Repräsentativ-Umfrage des Berliner Meinungsforschungs-Instituts Infratest dimap gaben 46 Prozent der Befragten an, sie wollten bei der nächsten Landtagswahl die CDU wählen. 42 Prozent wollten sich für die SPD, vier Prozent für die Grünen und drei Prozent für die FDP entscheiden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Poster DIN A1: „Rücksicht macht Schule“

Nach den Sommerferien gehen viele Kinder zum ersten Mal den Weg zur Schule. Durch Ihre Körpergröße fehlt ihnen oft der Überblick im Straßenverkehr; zudem sorgt Ihr kindliches Temperament oft für schwer vorhersehbare Bewegungen.

Helfen Sie deshalb durch Ihre Aktion zum Schulanfang mit, die anderen Verkehrsteilnehmer zu warnen und dadurch zu besonderer Vorsicht zu veranlassen. Positionieren Sie jetzt entlang der Schulwege das Poster „Rücksicht macht Schule“ für die Sicherheit unserer Kinder.

Bestell-Nr.: **7432**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 25,- DM



Bestellschrift

per Post:

IS-Versandzentrum · Postfach 1465 · 59306 Ennigerloh · Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de · Online: www.cdu.de/infonet Webstore

Hinweis: Für den Zugang ins InfoNet benötigen Sie eine Zugangskennung. Info unter 0228/544-308

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet. Eilzustellungen werden gesondert nach Aufwand in Rechnung gestellt.

UiD

21 / 1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.